

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1974

- 1 Feldfrüchte und Futterpflanzen bilden die Basis für eine ausreichende Nahrungs- und Futtermittelversorgung. Die unter teilweise extremen Witterungsverhältnissen gewachsenen Ernten des Jahres 1974 werden für die wichtigsten Arten erläutert.
-

Weinausbau und Weinabsatz 1972

- 5 Die Situation auf dem deutschen Weinmarkt ist von Zeit zu Zeit durch mehr oder weniger folgenschwere Absatzkrisen gekennzeichnet. Aktuellen Daten über die Vermarktungs- und Absatzstruktur kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.
-

1%-Wohnungsstichprobe 1972

- 9 Die im Frühjahr 1972 durchgeführte 1%-Wohnungsstichprobe lieferte neue tiefgegliederte Ergebnisse über Gebäude, Wohnungen und Haushalte, wie sie in Umfang und Ausmaß durch die jährlichen Bautätigkeitsstatistiken nicht bereitgestellt werden können.
-

Wohngeldzahlungen 1973

- 13 Durch die Einführung und Fortentwicklung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1970 wurde nicht nur der Kreis der Wohngeldempfänger erweitert, sondern es ergaben sich auch höhere Leistungen für die Anspruchsberechtigten. In früheren Jahren erkennbar gewordene Härten konnten beseitigt werden.
-

Anstalten

- 17 Von der Bevölkerung des Landes lebt mit 2,2% nur ein verhältnismäßig geringer Teil in Anstalten. Zur Durchleuchtung dieses Bevölkerungsteiles mit seinen besonderen Problemen können die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung beitragen.
-

Ausländer

- 21 Außer der deutschen Wohnbevölkerung wurden durch die Volks- und Berufszählung 1970 auch die in Rheinland-Pfalz ansässigen Ausländer erfaßt. Die Gastarbeiter-Zahl unterliegt zwar starken Schwankungen; dennoch geben die Ergebnisse einen aufschlußreichen Einblick in die Verhältnisse der hier wohnenden Ausländer-Familien.
-

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Hohe Getreide- und Kartoffelernte

Die Witterung des Jahres 1974 war gekennzeichnet durch ein zeitiges und trockenes Frühjahr sowie durch anhaltende Niederschläge im Monat Juli und im Herbst. Sie wirkte sich für Getreide und Kartoffeln sehr vorteilhaft, für Rauhfutter und Rüben dagegen teilweise negativ aus.

Die Getreideernte konnte bei günstiger Witterung im August und Anfang September zügig und verlustfrei geborgen werden. Mit insgesamt 1,54 Mill. t (ohne Körnermais) erreichte sie die bisher größte Menge. Sie lag um 12% über der des Vorjahres und um 16% über dem mehrjährigen Durchschnitt. Da die Anbaufläche um 0,4% eingeschränkt wurde, ist dieses beachtliche Ergebnis ausschließlich auf hohe Hektarerträge zurückzuführen. Für Getreide insgesamt errechnete sich eine Flächenleistung von 41,1 dt je Hektar gegenüber 36,7 dt im Vorjahr und 35,4 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1968/73.

Trotz Anbaurückgang um 6,2% übertraf die Kartoffelernte mit 1,07 Mill. t das vorjährige Ergebnis um annähernd 15%. Der durchschnittliche Hektarertrag für alle Arten bezifferte sich auf 276,3 dt gegenüber 226,3 dt im Vorjahr und 261,5 dt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die Rauhfutterernte erlitt durch die anhaltenden Niederschläge im Juli erhebliche Verluste. Die Hektarleistung blieb deshalb mit 58,1 dt deutlich unter dem Ergebnis im Sechsjahresdurchschnitt. Die Rübenenernte konnte im Herbst nur unter großen Schwierigkeiten geborgen werden. Zuckerrüben lieferten zwar auf Grund einer Anbauausweitung mit 1,18 Mill. t eine etwas höhere Menge als im Vorjahr, der Hektarertrag blieb jedoch deutlich unter dem Durchschnittswert. Runkelrüben und Kohlrüben brachten dagegen günstigere Ergebnisse als in den Vergleichsjahren. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 1

Faßweinvermarktung überwiegt

Im Jahre 1972 hatte knapp die Hälfte der rheinland-pfälzischen Weinbaubetriebe mit einem Rebflächenanteil von rund 25% keinen Wein selbst erzeugt. Mehr als 50% dieser nicht-ausbauenden Betriebe gaben ihr gesamtes Lesegut an Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften oder Verbundbetriebe, 46% verkauften es an den Weinhandel oder an Kellereien. Die restlichen knapp 5% gaben sowohl die eine als auch die andere Verwertungsart an.

Unter den 26 500 ausbauenden Betrieben verarbeiteten nicht weniger als 19 900 (75%) ihre gesamte Ernte selbst. Sie bewirtschafteten über die Hälfte der Weinbergsfläche des Landes. Bei den Betrieben mit eigener Vermarktung herrschte der Faßweinabsatz bei weitem vor, wobei sich allein 16 700 oder 73% ausschließlich dieser Absatzart bedienten. Lediglich 36% der ausbauenden Betriebe verkauften auch Flaschenwein. Als alleinige Vertriebsform kam er nur für 12% der Betriebe in Betracht. Von den 9 560 Betrieben mit Flaschenweinverkauf lieferten allein 3 000 ausschließlich und 5 000 überwiegend an die privaten Haushalte.

Die in den ausbauenden Betrieben vorhandene Lagerkapazität für Most und Wein erreichte Ende 1972 eine Höhe von 8,200 Mill. hl. Sie hat sich seit 1957 weit mehr als verdoppelt. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 5

Landwirtschaftliche Betriebe werden immer größer

In Rheinland-Pfalz hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in der Zeit von Februar 1973 bis Mai 1974 um weitere 8 300 Einheiten vermindert. Sie erreichte damit nur noch 90 900. Dabei wiesen die Betriebe unter 25 ha allgemein Rückgänge auf, die in den Größenklassen unter 5 ha mit teilweise mehr als 10% am stärksten in Erscheinung traten. Auch bei den Betrieben zwischen 20 und 25 ha, die zwischen 1972 und 1973 erstmals eine rückläufige Entwicklung aufzeigten, haben sich die Abnahmen in vermehrtem Umfang fortgesetzt. Deutliche Zugänge gab es dagegen in der Größenklasse über 25 ha. Sie beliefen sich auf + 3,4% in den Klassen von 25 bis 30 ha, auf + 12% bei den 30 bis 50 ha großen Betrieben und auf + 23% bei denen über 50 ha. Obwohl die Betriebe über 25 ha nur knapp 8% der Gesamtzahl ausmachten, bewirtschafteten sie ein Drittel der 796 000 ha umfassenden landwirtschaftlich genutzten Fläche aller Betriebe. Seit 1949 sind mittlerweile mehr als 60% der damaligen Betriebe aus dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß ausgeschieden. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich in der gleichen Zeit von 4,2 auf 8,8 ha. lx

Relativ wenig Ausländer in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Ausländer in Rheinland-Pfalz stieg zwischen den Volkszählungen 1961 und 1970 von 29 023 auf 81 255, was einer Zunahme um 180% entspricht. Für das Bundesgebiet ergibt sich allerdings eine noch wesentlich höhere Zuwachsrate (+ 279%). Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Rheinland-Pfalz zum Teil durch die in der Landwirtschaft freigesetzten Erwerbstätigen gedeckt werden konnte, während in den großen Industrieräumen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die Zahl der aus der Landwirtschaft abgewanderten Arbeitskräfte insgesamt gesehen weniger ins Gewicht fiel. Im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung ist die Zahl der Ausländer in Rheinland-Pfalz erheblich geringer als im Bundesgebiet insgesamt (237 gegenüber 429 je 10 000 Einwohner).

Die größte Ausländergruppe stellten 1970 die Italiener mit 21 700 Personen (25,1%). Überwiegend als Gastarbeiter eingereist sind weiterhin 12 600 Türken (14,5%), 8 700 Jugoslawen (10,1%), 6 700 Griechen (7,8%) und 6 400 Spanier (7,4%). Im Bundesgebiet insgesamt waren die Italiener mit einem geringeren Anteil (20,3%), die übrigen Nationalitäten aber in einem stärkeren Maße vertreten (Türken 16,5%, Jugoslawen 15,8%, Griechen 11,7% und Spanier 9,2%). Die Unterschiede sind zum Teil dadurch bedingt, daß die großen Firmen gerne Gastarbeiter einer Nationalität einstellen, da dies die sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten und dadurch den Arbeitseinsatz erleichtert. Neben den Ausländern aus den süd- und südosteuropäischen Ländern und der Türkei, die bis auf eine relativ geringe Zahl als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind und die (unter Einschluß der Portugiesen) 67,4% aller Ausländer stellen, haben in Rheinland-Pfalz aufgrund der engen Nachbarschaft zu Frankreich noch eine größere Anzahl von Franzosen (4 500) ihren Wohnsitz. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 21

81 000 Rheinland-Pfälzer leben in Anstalten

Die Verhältnisse, unter denen die Menschen wohnen und wirtschaften, hängen entscheidend davon ab, ob sie in einem Privathaushalt überwiegend nur zusammen mit Familienangehörigen leben oder ob sie in einer Anstalt untergebracht sind. Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung ist die Anstaltsbevölkerung relativ gering; bei 80 967 Personen belief sich 1970 ihr Anteil auf nur 2,2% und entspricht damit im wesentlichen der Quote von 1961. Zu den Anstalten werden zunächst die Heime gerechnet, in denen Kinder und Jugendliche untergebracht sind. Es handelt sich dabei um Heime von Unterrichtsanstalten, Erziehungsheime sowie Säuglings- und Kinderheime.

Von der Größe der Anstaltsbevölkerung her gesehen rangieren die Heime von Unterrichtsanstalten mit 9 054 Personen erheblich vor den Säuglings- und Kinderheimen mit 3 529 Personen und den Erziehungsheimen mit 2 778 Personen. Eine zweite Gruppe von Anstalten dient der Behandlung von Krankheiten, der Pflege und Eingliederung von Behinderten sowie der Vorbeugung gegen Krankheiten und der Rehabilitierung der bereits weitgehend wieder Genesenen. Davon bilden die Krankenhäuser und Sanatorien mit 15 810 Personen diejenige Anstaltsart, die zahlenmäßig am bedeutendsten ist. Die Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter sowie die Wohnheime für Behinderte waren mit 3 129 und die Erholungs- und Ferienheime mit 795 Personen belegt. Die Einrichtungen der Unterkunft und Unterbringung für Nichtbehinderte und die sonstigen Einrichtungen und Anstalten umfassen sehr heterogene Anstaltsarten. Am stärksten besetzt sind die unternehmenseigenen Arbeiterwohnheime (11 781 Personen), die Kasernen der Streitkräfte und der Polizei (9 209 Personen) und die Altenheime (8 902 Personen). Hier ist zu beachten, daß die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, obwohl sie kaserniert sind, nicht der Anstaltsbevölkerung zugerechnet werden, da sie bei der Volkszählung am Familienwohnsitz erfaßt wurden und damit unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung nachgewiesen werden. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 17

Nur noch geringer Anstieg der Verdienste im Juli 1974

Von April bis Juli 1974 erhöhte sich der effektive Bruttostundenverdienst aller Arbeiter im Gesamtdurchschnitt der Industrie um 20 Pfennig oder 2,3% auf 9,08 DM, wobei die Männer mit 9,64 DM (+ 2,2%) relativ etwas schlechter abschnitten als die Arbeiterinnen (+ 2,8%), die im Schnitt auf 6,67 DM kamen. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres hatten die prozentualen Verbesserungen + 5% für Arbeiter und + 3,4% für Arbeiterinnen betragen. Innerhalb der Leistungsgruppen schwankten die Werte mit + 1,6 (Angelernte) und + 4,5% (Ungelernte) bei den männlichen Arbeitern stärker als bei den Frauen, deren Verdienste in der höchsten Leistungsgruppe (Facharbeiter) (+ 3,2%) am stärksten und in der untersten Leistungsgruppe (Ungelernte) mit + 2,4% am schwächsten angehoben wurden.

Der Bruttowochenlohn im Juli 1974 lag im Gesamtdurchschnitt bei 389 DM und war um 11 DM oder 2,9% höher als

im April des Berichtsjahres. Im Jahresvergleich der Juli-Monate 1973 und 1974 war die Verbesserung bei den Bruttowochenverdiensten aller Arbeiter in der Industrie und dem Baugewerbe mit 46 DM oder + 10,2% geringer als bei den Bruttostundenverdiensten, deren Jahresrate sich auf + 11,8% stellte. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß aufgrund der konjunkturellen Abschwächung eine deutliche Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 43,5 auf 42,8 Stunden festzustellen ist, weil vor allem bei den Arbeitern (— 0,8 Stunden) im Juli 1974 in weit geringerem Maß Mehrarbeit geleistet worden ist als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste aller kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) sind von April bis Juli 1974 mit 32 DM oder + 1,7% noch etwas schwächer gestiegen als die Verdienste der Industriearbeiter. Bei den technischen Angestellten betrug die Verbesserung + 2,5%. Innerhalb Jahresfrist wurden Veränderungen von + 11,2 bzw. + 11,7% ermittelt. hä

Verstärkte Kreditaufnahme im kommunalen Bereich

In den ersten drei Quartalen 1974 beliefen sich die kassenmäßigen Haushaltsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 5 322 Mill. DM. Die größten Ausgabenblöcke bildeten die Personalausgaben mit 1 034 Mill. DM und die Ausgaben für Baumaßnahmen mit 1 028 Mill. DM. Die Investitionsschwerpunkte lagen im Straßenbau (257 Mill. DM), im Schulbau (211 Mill. DM) sowie im Sektor Abwasserbeseitigung (183 Mill. DM).

Die Haushaltseinnahmen erreichten 5 159 Mill. DM. Da sich im dritten Quartal erstmals in diesem Jahr ein kassenmäßiger Überschuß ergab, verringerte sich das Defizit gegenüber dem Stand von Ende Juni auf 163 Mill. DM. Wichtigste Einnahmequellen waren die Steuern mit 1 222 Mill. DM sowie die allgemeinen Zuweisungen und die Zuweisungen für laufende Zwecke, die Land und Bund in Höhe von 568 Mill. DM bereitstellten. Die Kreditaufnahme wurde im dritten Quartal erheblich verstärkt, nachdem die kommunalen Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr Zurückhaltung geübt hatten. In den ersten drei Quartalen wurden Kredite in Höhe von 539 Mill. DM aufgenommen, darunter allein 285 Mill. DM im dritten Quartal.

Gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres erhöhten sich die Steuereinnahmen um 8,7%. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erbrachte 471 Mill. DM (+ 11,5%). Das Gewerbesteueraufkommen stieg um 8,0% auf 736 Mill. DM; hiervon verblieben den Gemeinden nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 456 Mill. DM. Die Einnahmen aus der Grundsteuer waren mit 144 Mill. DM (+ 0,6%) nur wenig höher als im Vorjahr.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende September auf 5 675 Mill. DM. Der Kapitalmarkt wurde mit einer Nettokreditaufnahme von 273 Mill. DM in Anspruch genommen; hiervon entfielen 185 Mill. DM auf das dritte Vierteljahr. ly

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1974

Zeitiges und trockenes Frühjahr

Der Winter 1973/74 war, wie seine drei Vorgänger, sehr mild. Lediglich Ende November/Anfang Dezember sowie Ende Februar herrschte unter dem Einfluß polarer Kaltluft für wenige Tage Frostwetter. Vor allem von Mitte Dezember bis Mitte Februar gestaltete sich die Witterung für die Jahreszeit vielfach zu warm. Bereits Mitte Januar konnte an verschiedenen Pflanzen deutliches Wachstum beobachtet werden. Als vorteilhaft ist jedoch für die Wintermonate festzustellen, daß im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Jahren vor allem im Dezember und im Februar einige Niederschläge fielen. Diese konnten zwar das Grundwasserdefizit keineswegs mildern, den Kulturpflanzen stand jedoch im Frühjahr zunächst wesentlich mehr Winterfeuchtigkeit zur Verfügung als in den Jahren zuvor.

Zu Beginn der dritten Märzdekade baute sich von Südwesten her ein umfangreiches und beständiges Hochdruckgebiet auf, das für unseren Raum bis etwa Mitte April bei südlichen Luftströmungen ungewöhnlich warmes und trockenes Frühlingswetter brachte. Vor allem Ende März und Anfang April stiegen die Temperaturen bei starker Sonneneinstrahlung auf Werte an, die in Tallagen vielfach beachtlich über 20° Celsius lagen. In klimatisch begünstigten Gebieten waren bereits um die Monatswende März/April und in höheren Lagen Ende der ersten Aprildekade die Zeichen des Vollfrühlings zu erkennen. Mitte April kam es dann infolge ei-

ner Winddrehung nach Nordost zu einer erheblichen Abkühlung, während das heitere und trockene Wetter weiterhin anhielt. In der dritten und vierten Aprilwoche traten verschiedentlich auch empfindliche Nachfröste auf, die allerdings nur gebietsweise größere Schäden verursachten. Die niedrigen Temperaturen in der zweiten Aprilhälfte hemmten in Verbindung mit einer akuten Trockenheit die weitere Pflanzenentwicklung, so daß der ursprüngliche Wachstumsvorsprung wieder verloren ging.

Von Ende April bis Ende Juni gestaltete sich die Witterung veränderlich und überwiegend normal. Ende April und vor allem in der dritten Maidekade kam es auch verschiedentlich zu ergiebigen Niederschlägen. Die Frühjahrstrockenheit war damit bezüglich der oberen Bodenschichten weitgehend überwunden, so daß bei ausreichender Wärme bei allen Kulturpflanzen ein zügiges Wachstum einsetzte. In der zweiten Junihälfte herrschte zeitweise hochsommerliches Wetter, das gelegentlich durch Gewitter unterbrochen wurde. Ende des Monats nahm die Niederschlagstätigkeit immer mehr zu. Diese stark veränderliche Witterung mit häufigen sehr ergiebigen Niederschlägen hielt bis Ende Juli an. Die Temperaturen blieben allerdings verhältnismäßig mild, lediglich um die Julimitte sanken sie unter dem Einfluß polarer Kaltluft stärker ab. In den letzten Julitagen schob sich ein Keil des Azorenhochs nach Südwestdeutschland vor und brachte für das Gebiet von Rheinland-Pfalz hochsommerliches Wetter, das bis Mitte September anhielt und

Witterung 1968/73 (Sechsjahresdurchschnitt), 1973 und 1974

Monat	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 1 mm Niederschlag			Durchschnittstemperatur			Sonnenschein			Bewölkung		
	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974
	1968/73			1968/73			1968/73			1968/73			1968/73		
	mm			Anzahl			°C			Stunden			Note 1)		
Januar	52	28	50	11	7	13	0,4	0,7	4,1	35	42	27	7,4	6,6	6,8
Februar	60	60	48	11	11	8	1,2	1,2	3,8	56	79	61	7,0	6,1	6,3
März	42	13	55	8	4	12	3,8	4,6	6,5	121	143	73	5,9	4,9	6,4
April	57	57	16	11	11	4	7,8	6,1	9,2	153	127	203	5,6	5,8	4,0
Mai	74	63	51	12	12	9	12,7	13,2	11,7	166	205	183	6,0	5,2	5,4
Juni	72	30	80	10	5	12	15,5	17,2	14,9	192	238	194	5,7	4,5	5,2
Juli	62	62	86	10	11	13	17,3	17,7	15,8	211	182	183	5,4	5,4	5,7
August	89	35	62	11	7	9	17,2	19,3	17,5	193	249	213	5,4	3,8	4,8
September	50	41	63	8	7	12	13,5	15,4	13,2	165	180	136	5,0	4,3	5,5
Oktober	48	87	127	8	10	19	9,4	8,2	5,5	120	117	31	5,7	5,0	7,2
November	71	72	106	11	10	18	4,6	4,0	5,3	49	62	34	7,1	6,0	6,7
Dezember	39	72	.	8	13	.	0,4	0,8	.	37	35	.	7,2	6,6	.

Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Wetteramtes Trier in den Stationen Neustadt a.d.Weinstr., Bad Kreuznach, Trier-Stadt, Deuselbach, Koblenz, Bad Marienberg und Manderscheid. - 1) Gemessen in Zehntel der Himmelsfläche.

nur gelegentlich durch atlantische Tiefausläufer unterbrochen wurde. Mitte August stiegen dabei die Tageshöchsttemperaturen verbreitet auf Werte von über 30° Celsius an. Auch in der zweiten Septemberwoche erreichten sie bei heiterem Spätsommerwetter vielfach noch sommerliche Werte.

Zu Beginn der dritten Septemberdekade erreichte wiederum polare Kaltluft unseren Raum und leitete eine kühle und sehr niederschlagsreiche Wetterperiode ein, die im wesentlichen bis Mitte Dezember anhielt. Während dieser Zeit fielen nahezu täglich Niederschläge, die Anfang und Ende Oktober infolge verstärkter Kaltluftzufuhr in den Kammlagen der Mittelgebirge in Schnee übergingen. Vor allem Ende September und im ganzen Monat Oktober war es für die Jahreszeit in der Regel zu kühl; die Tageshöchsttemperaturen blieben durchweg unter 10° Celsius. Nachfröste traten jedoch nur gelegentlich in ungünstigen Lagen auf. Nach einer Wetterberuhigung und milden Luftzufuhren in der ersten Novemberhälfte setzte die Niederschlagstätigkeit ab Mitte November wieder verstärkt ein. Insbesondere Ende November und Anfang Dezember kam es zu anhaltenden und sehr ergiebigen Regenfällen, wie sie seit langer Zeit nicht mehr zu verzeichnen waren. Ende der ersten Dezemberwoche erreichten zahlreiche Flüsse in Rheinland-Pfalz erstmals seit dem Frühjahr 1970 wieder die Hochwassermarken, so daß das Niederschlags- und Grundwasserdefizit der letzten drei Jahre weitgehend überwunden sein dürfte.

Abschließend läßt sich zur Witterung im Jahre 1974 sagen, daß sie bis Ende September für die Entwicklung der Kulturpflanzen im großen und ganzen vorteilhaft verlief, der kühle und niederschlagsreiche Herbst allerdings auch nachteilige Folgen hatte.

Größte Getreideernte seit Kriegsende

Infolge der milden Winterwitterung war im zeitigen Frühjahr in nahezu allen Gebieten ein günstiger Stand des Wintergetreides zu erkennen. Die folgende Trockenperiode bewirkte jedoch Ende April eine Verzögerung des Wachstums. Das Sommergetreide wurde überwiegend zu Beginn der zweiten Märzhälfte gesät. Es lief auch zunächst zügig auf, das weitere Wachstum wurde jedoch durch die trockene und später auch kühle Witterung behindert. Erst als Ende April und Anfang Mai Niederschläge fielen, entwickelte sich das Getreide zügig fort. Auch das Sommergetreide, das vor allem in Höhegebieten einen Rückstand aufwies, kam durch weitere Niederschläge Ende Mai und in der ersten Junihälfte zügig voran. Ende Juni konnten daher in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz sehr gute Bestände beobachtet werden.

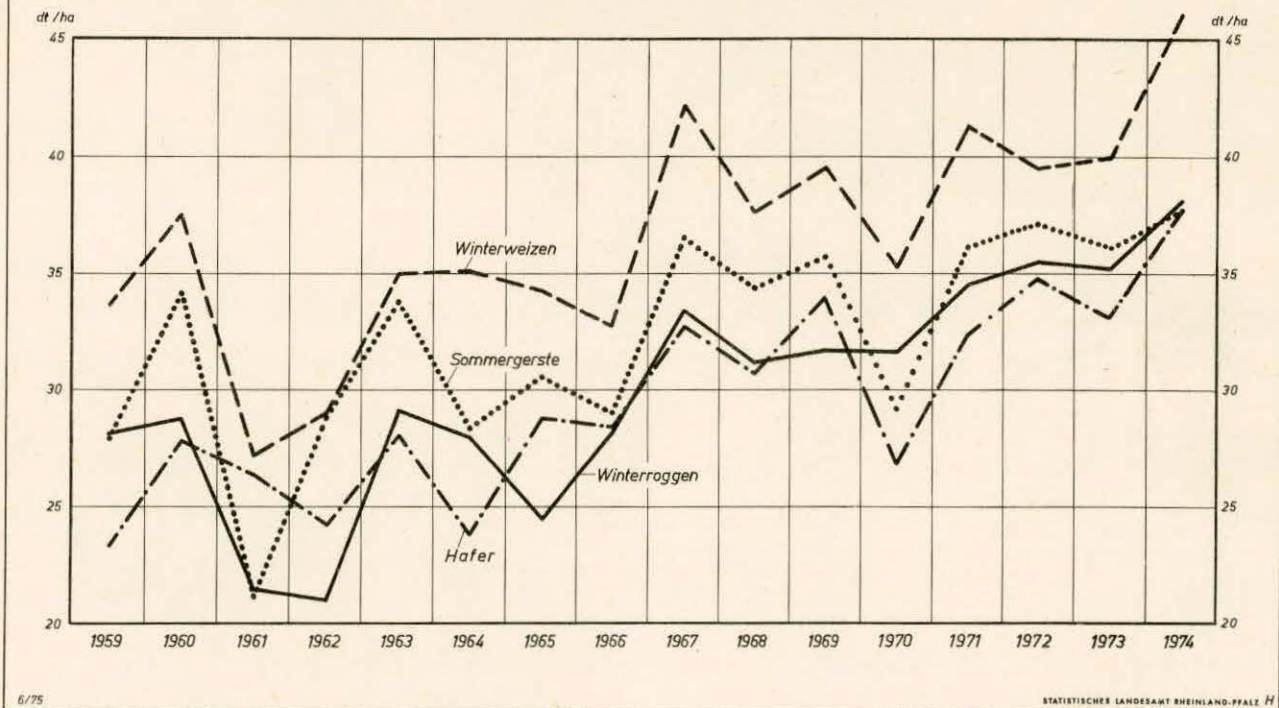
Im Juli haben Niederschläge das Körnerwachstum noch erheblich gefördert. Sie bewirkten aber auch teilweise eine Lagerung des Getreides und eine Verzögerung der Reife, so daß entgegen den ursprünglichen Erwartungen die Arbeiten zur Ein-

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1968/73 (Sechsjahresdurchschnitt), 1973 und 1974

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974	Ø	1973	1974
	1968/73	1973	1974	1968/73	1973	1974	1968/73	1973	1974
	ha			dt			t		
Getreide	373 105	376 155	374 534	35,4	36,7	41,1	1 322 455	1 378 656	1 539 079
Brotgetreide	175 462	163 941	162 425	37,2	38,5	44,2	653 334	631 496	717 132
Winterweizen	120 180	117 532	116 532	38,9	40,0	46,2	467 737	470 128	538 145
Sommerweizen	11 638	11 411	11 123	35,4	33,8	42,3	41 204	38 546	47 017
Roggen	41 523	33 441	33 268	33,1	35,1	37,9	137 320	117 391	126 247
Wintermenggetreide	2 121	1 557	1 502	33,4	34,9	38,1	7 073	5 431	5 723
Futtergetreide	197 643	212 214	212 109	33,9	35,2	38,8	669 121	747 160	821 947
Wintergerste	16 076	20 238	24 119	39,3	39,9	46,9	63 242	80 770	113 142
Sommergerste	89 702	103 748	99 174	34,8	36,1	37,7	312 079	374 842	373 985
Hafer	69 788	66 764	66 125	31,9	33,1	37,7	222 900	221 189	249 093
Sommermenggetreide	22 077	21 464	22 691	32,1	32,8	37,8	70 900	70 359	85 727
Körnermais	3 702	3 907	3 694	51,6	50,6	49,2	19 095	19 770	18 174
Kartoffeln	48 638	41 471	38 899	261,5	226,3	276,3	1 271 926	938 489	1 074 603
Frühkartoffeln	5 845	5 879	5 756	211,2	203,9	207,8	123 455	119 873	119 587
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	42 793	35 592	33 143	268,4	230,0	288,2	1 148 471	818 616	955 016
Rüben	53 190	49 696	49 569	708,3	639,6	681,5	3 767 134	3 178 415	3 377 904
Zuckerrüben	20 841	22 357	23 987	507,0	482,8	490,0	1 056 551	1 079 460	1 175 363
Runkelrüben	28 731	24 732	23 214	865,4	798,8	870,1	2 486 498	1 975 592	2 019 850
Kohlrüben	3 618	2 607	2 368	619,4	473,2	771,5	224 085	123 363	182 691
Hülsenfrüchte	1 201	1 399	1 312	30,0	27,2	30,9	3 606	3 810	4 060
Speiseerbsen und -bohnen	266	144	126	27,8	24,9	26,7	736	358	336
Ackerbohnen	935	1 255	1 186	30,7	27,5	31,4	2 870	3 452	3 724
Ölfrüchte	2 505	3 440	2 940	24,1	22,9	24,8	6 024	7 868	7 290
Winterraps	2 058	2 814	2 448	24,8	23,6	25,3	5 103	6 641	6 193
Sommererbsen und Rüben	447	626	492	20,6	19,6	22,3	921	1 227	1 097
Rauhfutter ¹⁾	.	247 080	225 446	61,3 ²⁾	56,0 ²⁾	58,1 ²⁾	.	1 370 472 ²⁾	1 296 354 ²⁾
Klee und Klee gras	14 735	12 798	12 231	73,3	62,8	67,2	107 982	80 415	82 192
Luzerne	10 089	7 444	7 036	79,7	69,2	72,6	80 402	51 492	51 081
Wiesen und Mähweiden	214 830	219 523	199 282	59,6 ²⁾	55,2 ²⁾	57,0 ²⁾	1 280 243	1 211 541 ²⁾	1 135 974 ²⁾
Grasanbau auf dem Ackerland	.	7 315	6 897	62,0 ²⁾	56,2 ²⁾	59,8 ²⁾	.	27 024 ²⁾	27 107 ²⁾
Grünmais	5 378	8 139	9 975	420,4	405,6	412,8	226 078	330 122	411 768

1) Heuertrag. - 2) Ohne Ackerweiden.

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1959-1974



bringung der Geteideeernte erst wesentlich später als sonst beginnen konnten. In klimatisch begünstigten Gebieten kamen die Mähdrescher Ende Juli bei der Wintergerste und wenig später auch bei Winterroggen, Sommergerste und Winterweizen verbreitet zum Einsatz. In den Höhengebieten setzten die Erntearbeiten vorwiegend zu Beginn der zweiten Augushälfte ein. Sie fanden auch hier bis Mitte September im wesentlichen ihren Abschluß. Die Einbringung der Geteideeernte konnte somit in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen.

In Rheinland-Pfalz belief sich die Getreideeernte ohne Körnermais nach endgültigen Ermittlungen auf insgesamt 1,54 Mill. t. Sie lag damit bei einer um 0,4% eingeschränkten Anbaufläche um fast 12% über dem Ergebnis des Jahres 1973 und um 16% über der Erntemenge im Sechsjahresdurchschnitt 1968/73. Auch die bisher größte Ernte aus dem Jahre 1972 wurde noch um gut 100 000 t übertroffen. Von der Gesamtmenge entfielen rund 717 000 t auf Brotgetreide (+ 14%) und 822 000 t auf Futtergetreide (+ 10%).

Die erhebliche Zunahme der Getreideeernte ist ausschließlich eine Folge hoher Hektarerträge, wie sie in Rheinland-Pfalz bisher noch nicht festgestellt wurden. Für Getreide insgesamt (ohne Körnermais) errechnete sich eine Flächenleistung von 41,1 dt je Hektar gegenüber 36,7 dt im Vorjahr und 35,4 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Dazu trugen vor allem die hohen Hektarerträge bei Wintergerste (46,9 dt), Winterweizen (46,2 dt) sowie bei Sommergerste und Hafer bei. Körnermais lieferte allerdings infolge der kühlen und niederschlagsreichen Herbstwitterung geringere Hektarerträge als sonst. Auch muß hierzu bemerkt werden, daß erhebliche

Mengen nicht als Körnermais geerntet, sondern nur als Silage verwendet werden konnten.

Die Qualität der diesjährigen Getreideeernte fiel ebenfalls überdurchschnittlich aus, wenn auch die günstigen Werte aus dem Jahre 1973 vielfach nicht erreicht wurden. Verluste durch Auswuchs und Feuchtigkeit sind in nennenswertem Umfang nicht eingetreten.

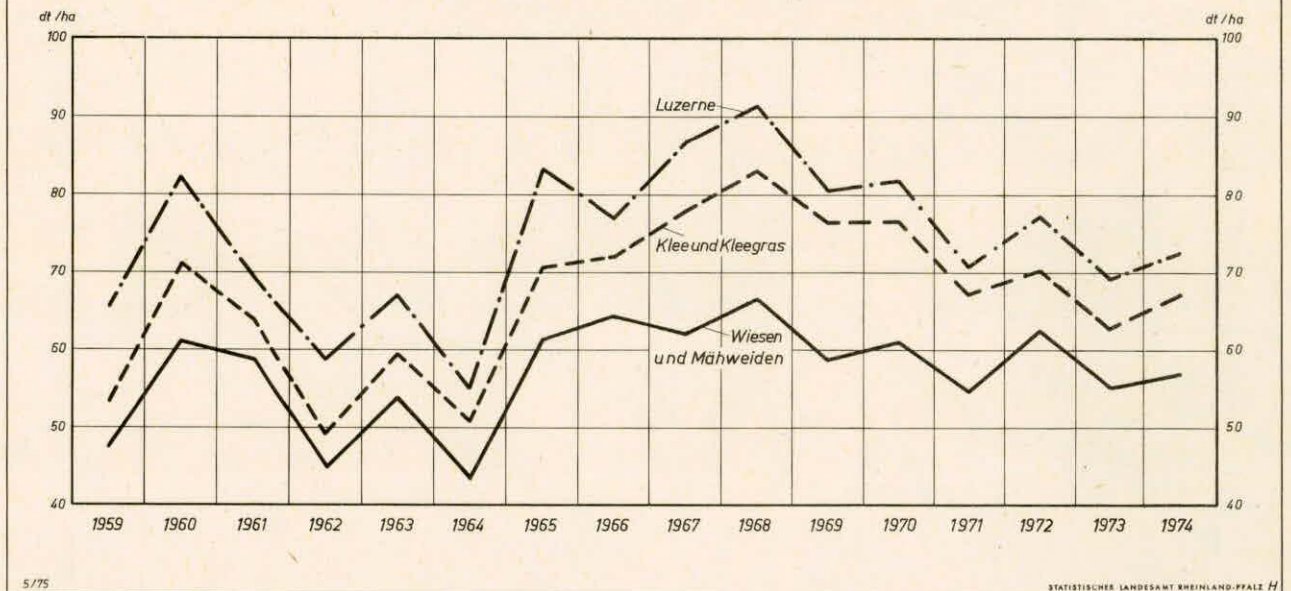
Auch im gesamten Bundesgebiet fiel mit gut 22 Mill. t die bisher größte Getreideeernte an. Der Rekordertrag von Rheinland-Pfalz blieb noch etwas unter dem Durchschnitt aller Bundesländer.

Hülsenfrüchte erbrachten eine Ernte von insgesamt rund 4 000 t und lieferten damit trotz Flächenreduzierung eine etwas größere Menge als 1973. Der weitaus größte Anteil davon entfiel auf Ackerbohnen. Die Ölfruchternte belief sich auf knapp 8 400 t und brachte damit bei ebenfalls günstigeren Hektarleistungen eine um 500 t größere Erntemenge als im Vorjahr.

Verluste bei der Heuwerbung

Bedingt durch die Trockenheit verlief das Wachstum auf den Futterflächen bis etwa Ende Mai sehr verhalten. Die danach einsetzenden Niederschläge verzögerten zwar den Beginn der Heuernte, hatten aber einen deutlichen Ertragszuwachs zur Folge. In Tallagen begann die Rauhfrüchternte Mitte Juni bei überwiegend sommerlicher Witterung und konnte hier bis Ende Juni auch größtenteils beendet werden. In Höhengebieten hatte aber bis zu diesem Zeitpunkt der Schnitt vielfach noch gar nicht eingesetzt, so daß es zu ganz erheblichen Verzögerungen kam. Im Laufe des Monats Juli waren

Hektarerträge von Rohfutter 1959 - 1974



nur an einzelnen Tagen Arbeiten möglich. Ende Juni geschnittene Futterbestände blieben dadurch mehrere Wochen den Niederschlägen ausgesetzt, so daß verschiedentlich Totalverluste entstanden. Auf anderen Flächen wurden die Obergräser in hohem Maße überständig, wodurch größere Qualitätseinbußen eintraten. Erst nach der Wetterbesserung Ende Juli konnten auch in Höhegebieten die Futterbestände geschnitten und dann rasch eingebracht werden. Der erste Rohfutterschnitt erbrachte einen Hektarertrag von 48,4 dt Heu gegenüber 50,7 dt im Jahre 1973 und 49,2 dt im Sechsjahresdurchschnitt. Vor allem die bereits Ende Juni abgeernteten Futterflächen zeigten während der Regenperiode im Juli und nach der Erwärmung in der ersten Augushälfte ein zügiges Wachstum. Bei sommerlicher Witterung konnte daher in der zweiten Augushälfte und Anfang September auf vielen Flächen ein lohnender zweiter, teilweise auch noch ein dritter Schnitt erfolgen.

Die gesamte Rohfutterernte belief sich auf 1,3 Mill. t Heu und blieb damit infolge einer Flächeneinschränkung nur etwas unter der Menge des Vorjahres. Der durchschnittliche Hektarertrag für alle Rohfutterarten zusammen bezifferte sich auf 58,1 dt und übertraf damit den allerdings geringen Ertrag des Vorjahres noch deutlich. Die Flächenleistung von 61,3 dt im Sechsjahresdurchschnitt wurde allerdings merklich unterschritten. Größere Ausfälle gab es besonders bei Klee und Luzerne.

Im Herbst blieb das Wachstum auf den Futterflächen in Anbetracht der überwiegend kühlen Witterung in den meisten Gebieten nur mäßig. Da aber stärkere Nachfröste nicht auftraten, konnte das Rindvieh vielfach bis Ende November auf den Weiden verbleiben.

Gute Erträge bei Kartoffeln

Die Hackfrüchte konnten bei heiterer und trockener Witterung bereits in der ersten Aprilhälfte bestellt werden. Kartoffeln liefen auch rechtzeitig auf, während bei den Rüben bis Mitte Mai infolge der Trockenheit deutliche Verzögerungen und auch lückige Bestände zu erkennen waren. Die nachfolgenden Niederschläge haben dann das Wachstum der Hackfrüchte stark beschleunigt. Bereits Mitte Juni hatten sich in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz die Kartoffel- und Rübenbestände geschlossen, so daß die ursprünglichen Wachstumsverzögerungen weitgehend ausgeglichen waren. Lediglich auf den Rübenfeldern blieben teilweise deutliche Lücken zurück.

Im Laufe des Sommers haben sich die Hackfrüchte bei ausreichender Feuchtigkeit weiterhin günstig entwickelt. Allerdings bereitete die Bekämpfung des Unkrautes und der Pflanzenkrankheiten einige Schwierigkeiten. Zahlreiche Rübenfelder waren von der Vergilbungskrankheit befallen.

Kartoffeln konnten im wesentlichen bis Ende der zweiten Septemberdekade bei trockener Witterung geerntet werden. Lediglich in den Höhegebieten wurden die Arbeiten durch die dann einsetzenden Niederschläge behindert. Die Kartoffelernte insgesamt belief sich in Rheinland-Pfalz auf 1,07 Mill. t und blieb trotz einer Flächenreduzierung damit um 15% über der Erntemenge des Vorjahres. Frühkartoffeln erbrachten knapp 120 000 t und entsprachen damit in etwa der Menge des Jahres 1973. Die Ernte an mittelfrühen und späten Sorten lag dagegen mit 955 000 t um 136 000 t oder 17% über dem vorjährigen Ergebnis. Die Ertragszunahme ist ausschließlich Folge einer höheren Flächenleistung. Während die Frühkartoffeln mit 208 dt je Hektar das Vorjahresergebnis nur leicht überschritten und den mehrjährigen Durchschnitt nicht ganz erreichten,

ten, war bei den mittelfrühen und späten Sorten eine Steigerung der Hektarerträge um 25 bzw. 7,4% auf 288 dt festzustellen. Die Qualität der Knollen konnte im wesentlichen als befriedigend bezeichnet werden; sie wurde lediglich durch Übergrößen gemindert.

Die Einbringung der Runkel- und vor allem die der Zuckerrüben bereitete infolge der anhaltenden Niederschläge ganz erhebliche Schwierigkeiten, weil die Ackerböden derart aufgeweicht waren, daß die Vollerntemaschinen wochenlang nicht zum Einsatz gelangen konnten. Bei einer etwas größeren Anbaufläche und höheren Hektarerträgen als 1973 lieferten Zuckerrüben eine Gesamtmenge von 1,18 Mill. t und damit rund 100 000 t mehr als im Jahr zuvor. Der Hektarertrag des mehrjährigen Durchschnitts wurde allerdings deutlich unterschritten. Runkel-

rüben brachten mit 2,02 Mill. t ebenfalls eine etwas höhere Gesamtmenge als im Vorjahr. Die Hektarleistung lag aber hier deutlich über beiden Vergleichsjahren. Kohlrüben, die wesentlich günstigere Anfangsbedingungen hatten und sich auch bei der kühlen Witterung im Herbst noch gut entwickelten, brachten allgemein hohe Hektarerträge. Die Gesamtmenge betrug 183 000 t gegenüber 123 000 t im Jahre 1973.

Aus dem Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten wurden im Spätherbst 1974 noch rund 230 000 t Grünfutter geerntet. Infolge günstiger Hektarerträge fiel diese Menge damit wesentlich reichlicher aus als im Jahre 1973. Der weitaus größte Teil davon entfiel auf Raps und Grünmais.

Dr. J. Töniges

Weinausbau und Weinabsatz 1972

Ergänzend zu früheren Ausführungen über die weinbaulichen Produktionsgrundlagen¹⁾ sollen in diesem Beitrag die wichtigsten Ergebnisse über die Verwertung der Weinmosternte, den Weinausbau und -absatz sowie die in den Betrieben vorhandenen Lagerkapazitäten für Most und Wein aus der Weinbauerhebung 1972/73 dargestellt werden. Den Daten liegen die Angaben der Betriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr sowie mit einer solchen von weniger als 10 Ar jedoch mit Verkaufsanbau zugrunde. Sie beziehen sich auf die Verhältnisse im Jahr 1972, bei den Lagerbehältern auf den Stand zu Ende 1972.

1) W. Laux: Produktionsverhältnisse im Weinbau 1972, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 27, Heft 11, November 1974.

Knapp die Hälfte der Betriebe ohne eigene Weinerzeugung

Hinsichtlich der Verwertung ihrer Weinmosternte stehen den Winzern grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Auswahl, die Weinerzeugung im eigenen Betrieb oder aber die Abgabe des Lesegutes. Von den 49 100 rheinland-pfälzischen Weinbaubetrieben hat im Jahre 1972 knapp die Hälfte (46%) mit einem Rebflächenanteil von rund einem Viertel keinen Wein selbst erzeugt. Dabei konzentrierten sich diese nichtausbauenden Betriebe vorwiegend in den unteren Betriebsgrößenklassen, da hier die kostspieligen kellerwirtschaftlichen Einrichtungen

Absatzarten der Weinbaubetriebe nach Anbaugebieten und Bereichen 1972

Anbaugebiet Bereich	Ausbauende Betriebe						Mit Absatz von			
	insgesamt				mit Ausbau der gesamten Ernte		Flaschenwein		Faßwein	
	Betriebe		gesamte Rebfläche		Betriebe	gesamte Rebfläche	ins- gesamt	zu 100 %	ins- gesamt	zu 100 %
							Betriebe			
	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha	Anzahl			
Ahr	99	11,1	134	31,2	95	130	94	64	20	5
Mittelrhein	724	50,6	789	76,5	696	767	549	360	303	167
Bacharach	259	44,4	256	64,8	250	248	131	53	197	126
Rhein-Burgengau	459	54,7	515	83,3	440	502	413	303	105	40
Mosel-Saar-Ruwer	8 953	65,6	9 940	83,2	6 494	6 926	4 259	1 210	7 704	4 675
Bernkastel	5 605	75,6	6 356	91,3	4 102	4 570	2 688	617	4 977	2 911
Obermosel	201	15,1	314	31,9	82	80	54	3	198	147
Saar-Ruwer	665	35,7	1 152	67,1	352	677	287	75	589	378
Zell/Mosel	2 482	81,6	2 118	92,8	1 958	1 598	1 230	515	1 940	1 239
Nahe	1 615	48,4	3 828	79,5	1 411	3 495	754	341	1 241	836
Bad Kreuznach	1 011	62,5	2 738	89,4	874	2 486	416	140	863	592
Schloß Böckelheim	604	35,2	1 090	62,2	537	1 009	338	201	378	244
Rheinessen	8 891	60,1	18 695	85,0	7 036	13 953	2 381	630	8 206	6 448
Bingen	3 269	59,9	6 156	83,8	2 817	5 243	699	206	3 051	2 556
Nierstein	3 931	66,6	7 984	88,6	3 163	6 104	1 026	268	3 635	2 878
Wonnegau	1 691	49,4	4 556	80,7	1 056	2 605	656	156	1 520	1 014
Rheinpfalz	6 243	41,5	13 591	65,4	4 128	8 204	1 525	543	5 545	4 565
Südliche Weinstraße	4 903	56,3	8 805	79,4	3 323	5 289	743	263	4 514	4 025
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	1 340	21,2	4 786	49,4	805	2 915	782	280	1 031	540
Rheinland-Pfalz	26 519	54,0	46 960	77,0	19 854	33 457	9 557	3 144	23 018	16 695

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Insgesamt				Mit Lieferung bzw. Verkauf des Lesegutes an							
					Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften oder Verbundbetriebe				Weinhandel und Kellereien			
					zusammen		zu 100 %		zusammen		zu 100 %	
	Betriebe		gesamte Rebfläche		Betriebe	gesamte Rebfläche	Betriebe	gesamte Rebfläche	Betriebe	gesamte Rebfläche	Betriebe	gesamte Rebfläche
	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 0,10 ha	2 149	85,0	207	85,9	805	61	805	61	1 191	96	1 191	96
0,10 - 0,25 "	7 219	71,4	1 252	70,2	3 130	564	3 102	558	4 093	690	4 065	685
0,25 - 0,50 "	5 932	58,4	2 139	57,6	3 146	1 149	3 053	1 115	2 870	1 018	2 777	983
0,50 - 1 "	3 969	41,7	2 810	40,3	2 449	1 749	2 263	1 614	1 698	1 190	1 512	1 055
1 - 2 "	2 013	24,3	2 864	23,6	1 402	2 020	1 207	1 749	795	1 100	600	830
2 - 5 "	1 173	17,2	3 601	16,6	945	2 934	791	2 451	377	1 135	223	652
5 - 10 "	146	10,1	933	9,6	128	805	108	676	38	257	18	127
10 - 20 "	8	4,2	109	4,2	6	86	4	62	4	46	2	22
20 und mehr "	4	7,1	112	5,3	2	64	2	64	2	48	2	48
Insgesamt	22 613	46,0	14 025	23,0	12 013	9 431	11 335	8 350	11 068	5 578	10 390	4 497

sowie der Aufbau und die Unterhaltung eines Kundennetzes vielfach nicht in Frage kommen. Die überwiegend nebenberufliche Bewirtschaftung der kleinen Rebflächen läßt darüber hinaus auch keine Zeit hierzu. Diese Betriebe lieferten Trauben, Maische oder Most nach der Lese zur weiteren Verarbeitung entweder an Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften nach dem Marktstrukturgesetz vom 16. Mai 1969 und Verbundbetriebe oder verkauften an den Handel sowie Wein- oder Sektkellereien. Als Verbundbetrieb wird in diesem Zusammenhang eine Weinkellerei verstanden, die mit den Winzern privatrechtliche Lieferverträge abschließt, in denen normalerweise Anzahlungspreise garantiert und je nach Marktverlauf Zuschläge gezahlt werden. So bauten die Betriebe unter 0,10 ha bestockter Rebfläche sowie von 0,10 bis 0,25 zu 91 bzw. 71% keinen Wein aus. Auch unter den 0,25 bis 0,5 ha und 0,5 bis 1 ha großen war dieser Anteil mit 58 bzw. 42 noch relativ hoch. Bei den Betrieben zwischen 1 und 2 ha belief er sich noch auf rund ein Viertel und sank erst in der Betriebsgrößenklasse zwischen 2 und 5 ha unter 20% und bei den 5 und mehr ha bewirtschaftenden unter 10% ab. In den einzelnen Anbaugebieten waren diese nichtausbauenden Betriebe vor allem an der Ahr (89%), in der Rheinpfalz (59%), an der Nahe (52%) sowie am Mittelrhein (49%) überdurchschnittlich stark vertreten. Am wenigsten fanden sie sich an Mosel-Saar-Ruwer (34%) und hier besonders in den Bereichen Bernkastel (25%) und Zell/Mosel (18%). Trotz seiner weitgehend kleinbetrieblichen Struktur weist damit dieses Anbaugbiet, im Gegensatz zur Situation im Landesdurchschnitt, noch prozentual die meisten selbstvermarktenden Betriebe auf, eine Tatsache, die wohl in erster Linie auf die bis vor einigen Jahren hier fehlenden leistungsfähigen überbetrieblichen Absatzeinrichtungen zurückgeführt werden muß.

Verkauf und Lieferung des Lesegutes können von den betreffenden Betrieben an einen einzigen oder aber an mehrere Absatzwege erfolgen. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß viele Genossenschaften

und Erzeugergemeinschaften unter anderem zur Vermeidung einer negativen Auslese von ihren Mitgliedern die Abgabe der gesamten Erntemenge fordern. Die Hälfte aller nichtausbauenden Betriebe lieferte somit im Jahre 1972 ihre gesamte Ernte an die Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften oder Verbundbetriebe; ausschließlich an Weinhandelsbetriebe, Wein- oder Sektkellereien verkauften 46%. Die restlichen knapp 5% gaben sowohl die eine als auch die andere Verwertungsart an. Je nach dem Vorhandensein und der Bedeutung dieser beiden Alternativen wiesen die einzelnen Anbaugebiete und Bereiche selbstverständlich davon abweichende Gegebenheiten auf. So waren vor allem an der Obermosel sowie in den Bereichen Nierstein und Wonnegau stärkere Geschäftsverbindungen zum Weinhandel sowie zu Wein- und Sektkellereien erkennbar, während an der Ahr, die Wiege der Winzergenossenschaften, die genossenschaftliche Bindung die Regel war.

Ausbauende Betriebe erzeugen in der Mehrzahl Faßwein

Die Zahl der Betriebe, die selbst Wein produzierten, erreichte gut 26 500. Darunter befanden sich 19 900 (75%) die ihre gesamte Ernte in eigener Regie verarbeiteten. Sie bewirtschafteten über die Hälfte der Rebfläche des Landes. Bei weiteren 3 200 sowie 1 870 Betrieben lag der Anteil der selbst ausgebauten Erntemenge zwischen 75 und 100% bzw. 50 und 75%, bei lediglich 1 600 Betrieben betrug er weniger als 50%. Der nicht im eigenen Betrieb verwertete Teil der Ernte - seien es geringere Qualitäten oder kleinere Partien bestimmter Rebsorten, die einen rationellen Ausbau und Absatz nicht lohnen - wurde in 3 300 Fällen an Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften oder Verbundbetriebe abgesetzt. Die Mehrzahl (3 800) bevorzugte jedoch den Weinhandel und die Kellereien. Unter den insgesamt 6 670 ausbauenden Betrieben mit Trauben-, Maische- oder Mostverkauf gab es demnach 460, die sowohl den einen als auch den anderen Absatzweg belieferten. Die Auslastung

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Insgesamt	Betriebe mit					
		Lieferung ausschließlich an			Lieferung überwiegend an		
		Handel	Gastwirt- schaften	End- verbraucher	Handel	Gastwirt- schaften	End- verbraucher
unter 0,10 ha	97	1	9	59	8	1	19
0,10 - 0,25 "	534	8	65	287	22	16	136
0,25 - 0,50 "	883	11	89	370	40	42	331
0,50 - 1 "	1 710	35	89	606	87	83	810
1 - 2 "	2 556	44	61	799	161	106	1 385
2 - 5 "	2 668	26	22	728	156	135	1 601
5 - 10 "	902	17	2	176	69	39	599
10 - 20 "	157	5	1	14	32	3	102
20 und mehr "	50	5	-	5	18	2	20
I n s g e s a m t	9 557	152	338	3 044	593	427	5 003

vorhandener Lager- und Maschinenkapazitäten sowie die dem Weinbau angegliederten Handels- und Verarbeitungsbetriebszweige bedingen verschiedentlich auch den Zukauf von fremdem Lesegut zum Ausbau im eigenen Betriebe sowie von Wein. Dies wurde für 1 500 Betriebe festgestellt, die zum überwiegenden Teil in der Größenordnung über 1 ha bestockter Rebfläche lagen. Ein Bezug von Süßreserve und Deckrotwein kam für 1 200 bzw. 1 000 ausbauende Betriebe in Frage.

Der in den Betrieben erzeugte Wein wird, abgesehen von dem nur wenig ins Gewicht fallenden Ausschank in Straußwirtschaften oder Guttschänken, in Form von Flaschen- oder Faßwein an den Markt gebracht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Flaschenweingeschäft ungleich höhere Gewinnchancen liegen. Es bedingt jedoch auf der anderen Seite teilweise sehr hohe Investitionen sowie einen hohen Arbeitsaufwand für Aufbau und Unterhalt der Vertriebsorganisation. Für viele Betriebe scheidet diese Form des Weinabsatzes deshalb schon von vornherein aus. Unter den Weinbaubetrieben mit eigener Vermarktung ihrer Ernte herrschte im Jahre 1972 der Faßweinverkauf bei weitem vor. Er fand sich in 23 000 oder 87% der Betriebe, wobei sich allein 16 700 (73%) ausschließlich dieses Absatzweges bedienten. Betrachtet man die Situation in den einzelnen Größenklassen, so zeigt sich, daß die Faßweinproduktion ihren Schwerpunkt vor allem in den Betrieben zwischen 0,25 und 5 ha bestockter Rebfläche (88%) hat, während sich die darüber- bzw. darunterliegenden in stärkerem Maße auf den Flaschenwein spezialisiert haben und dementsprechend der Anteil der Faßweinbetriebe hier nur noch 81 bzw. 80% ausmachte. Gut ein Drittel oder 9 560 der Betriebe füllten ihren Wein in Flaschen ab. Zu diesen gehörten gut 3 100, die ihre gesamte Ernte auf diese Weise vermarkteten. Ihre Verbreitung stieg von 18% in der Größenklasse von 0,10 bis 0,25 ha über 41 bzw. 44% in denjenigen von 1 bis 2 bzw. 2 bis 3 ha auf weit über 80% in den Betrieben über 5 ha. Damit ist der Flaschenwein vorwiegend eine Domäne der größeren Winzerbetriebe, in denen auch eher die Voraussetzungen hierfür bestehen. Stellt man den Betrieben mit Faß- oder Flaschenwein überhaupt diejenigen ge-

genüber, die diese Vertriebsart jeweils als die einzige gewählt haben, so wird deutlich, daß mit steigender Betriebsgröße auch die Kombination von beiden zunimmt, da naturgemäß in größeren Betrieben auch Weine geringerer Qualität anfallen, die unter Umständen im Faß gewinnbringender verkauft werden können.

Flaschenwein überwiegend an Endverbraucher

Der Flaschenweinabsatz ist seit jeher durch den direkten Weg zwischen Erzeuger und Privatverbraucher gekennzeichnet. Von den insgesamt 9 560 Betrieben mit Flaschenwein lieferten allein 3 000 ausschließlich und weitere 5 000 überwiegend an die privaten Haushalte. In der zweiten Gruppe kamen als weiterer Kundenkreis neben dem Handel in erster Linie die Gastwirtschaften in Frage. Für mehr als 150 sowie knapp 600 Betriebe war der Handel in Form des Weinfachhandels und des Lebensmitteleinzel- oder -großhandels der einzige bzw. hauptsächliche Abnehmer. Knapp 10% standen mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe in Geschäftsverbindung, darunter 340 mit ihrer gesamten Flaschenweinproduktion. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß die Lieferanten des Handels vorwiegend unter den größeren Weinbaubetrieben zu suchen sind, die am ehesten die von dort gewünschten Mengen einheitlicher Qualität und Aufmachung zur Verfügung stellen können.

Die Verbreitung von Faß- und Flaschenweinvermarktern im Land zeigt erhebliche und vor allem gebietstypische Unterschiede. Darin liegt auch der Grund dafür, daß Absatzflauten, die das Faßweingeschäft in der Regel am schwersten treffen, oftmals nur in einzelnen Landesteilen stärker spürbar werden, wie das Jahr 1974 deutlich gezeigt hat. Unter den Anbaugebieten zeichnen sich besonders der Mittelrhein (76%), Mosel-Saar-Ruwer (48%) und die Nahe (47%) durch einen überdurchschnittlichen Anteil an flaschenweinverkaufenden Betrieben aus. In Rheinhessen und der Rheinpfalz waren sie dagegen nur zu 27 bzw. 24% vertreten. Dabei ist vor allem in der Pfalz noch der große Unterschied zwischen den Bereichen Südliche Weinstraße (15%) und Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße (58%)

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Insgesamt		Holzfässer		Betonbehälter		Kunststofftanks		Metalltanks		Hochdrucktanks	
	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen	Be- triebe	Fas- sungs- ver- mögen
	Anzahl	1 000 hl	Anzahl	1 000 hl	Anzahl	1 000 hl	Anzahl	1 000 hl	Anzahl	1 000 hl	Anzahl	1 000 hl
unter 0,10 ha	380	18	375	13	7	4	17	1	5	0	1	0
0,10 - 0,25 "	2 897	155	2 851	105	83	25	193	9	42	11	5	5
0,25 - 0,50 "	4 223	398	4 108	248	263	81	760	46	110	21	17	2
0,50 - 1 "	5 549	730	5 453	507	535	87	2 079	104	258	23	24	9
1 - 2 "	6 269	1 449	6 181	877	1 238	205	3 701	288	603	71	96	8
2 - 5 "	5 661	2 952	5 556	1 236	2 313	783	4 051	601	1 470	280	454	52
5 - 10 "	1 303	1 633	1 274	502	778	586	1 020	268	614	217	413	60
10 - 20 "	181	432	176	144	114	140	148	59	111	70	111	19
20 und mehr "	52	478	52	157	37	145	42	39	39	80	45	57
Insgesamt	26 515	8 245	26 026	3 788	5 368	2 057	12 011	1 415	3 252	773	1 166	212

hervorzuheben. Berücksichtigt man jedoch auch die Tatsache, daß in den beiden südlichen Anbaugebieten sowie an Mosel-Saar-Ruwer noch etwa zwei Drittel bzw. drei Viertel der Betriebe nebenbei auch in mehr oder weniger großem Umfang mit Faßwein befaßt waren, erscheint die vor allem für die Mosel zunächst als besonders positiv herausgestellte Situation in einem etwas ungünstigeren Licht. Mit 92% aller Betriebe ergab sich für Rheinhessen der höchste Prozentsatz an Faßweinbetrieben, gefolgt von der Rheinpfalz (89%) und Mosel-Saar-Ruwer (86%). Dabei erreichten allerdings die Betriebe, die nur Faßwein auf den Markt brachten, an Mosel-Saar-Ruwer bei weitem nicht die Bedeutung wie im südlichen Landesteil.

Mehr als doppelt soviel Lagerkapazität wie 1957

In enger Beziehung zu Weinausbau und -absatz stehen die in den Betrieben verfügbaren Lager- und Gärbehälter. Fehlende Kapazitäten auf diesem Sektor können besonders in Jahren mit hohen Ernten und entsprechend geringeren Mostpreisen in vielen Betrieben Herbstverkäufe zu kaum kostendeckenden Preisen zur Folge haben, wie es in der Vergangenheit keine Seltenheit war. Ende 1972 verfügten die Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz über Lagerbehälter für Most und Wein in Höhe von 8,200 Mill. hl. Davon entfielen allein 3,790 Mill. hl auf die traditionellen Holzfässer, die mit wenigen Ausnahmen (500 Betriebe) noch überall Verwendung fanden. Rund 12 000 Betriebe (45%) bedienten sich der Kunststofftanks, die ein Fassungsvermögen von insgesamt 1,415 Mill. hl aufwiesen. Betonbehälter (2,057 Mill. hl) gab ein Fünftel der Betriebe an. Da sie in der Regel einen größeren Rauminhalt besitzen als die Kunststofftanks, überstiegen sie deren Aufnahmefähigkeit nicht unbedeutend. Metall- und Hochdrucktanks standen dagegen mit 773 000 bzw. 212 000 hl in 3 300 bzw. 1 170 Betrieben etwas im Hintergrund. Sie kamen im übrigen ebenfalls wie die Betonbehälter in erster

Linie nur für die größeren Betriebe in Betracht, während der Kunststofftank auch bereits in verstärktem Maße in die kleineren und mittleren Winzerbetriebe Eingang gefunden hat und hier wegen seiner einfacheren Handhabung teilweise die Holzfässer ersetzte.

Angesichts der Ausweitung der Rebflächen und der kontinuierlich angestiegenen Mosterträge ist der Faß- und Tankraum in den letzten Jahren ständig erweitert worden, so daß unter Hinzurechnung der fast 2 Mill. hl in den Erzeugergemeinschaften und Winzergenossenschaften sowie der Lagermöglichkeiten in den reinen Handelskellereien - ein normaler Absatz der älteren Jahrgänge vorausgesetzt - auch hohe Ernten ohne größere Schwierigkeiten untergebracht werden können, wie das zuletzt 1973 zu beobachten war. So steht heute in den Betrieben weit mehr als das Doppelte an Lagerraum zur Verfügung wie 1957, als erst 3,592 Mill. hl ermittelt wurden. Von besonderem Interesse ist jedoch auch die Entwicklung bei den einzelnen Behälterarten, die im besonderen Maße den technischen Fortschritt in der Kellerwirtschaft zum Ausdruck bringt. Während 1957 die Holzfässer noch 87% der Lagerkapazität ausmachten, erreichte ihr Anteil im Jahre 1972 nur noch knapp 50%. Der auf sie entfallende Faßraum nahm seither nur noch um etwa 20% zu. Größere Veränderungen ergaben sich dagegen bei den übrigen Behältern. Sie fielen am stärksten bei den Metalltanks ins Gewicht, von denen etwa 16-mal soviel Raum vorhanden war. Bei den Betonbehältern und den Hochdrucktanks ergab sich eine Steigerung um das Fünf- bzw. Sechsfache. Tanks aus Kunststoff wurden damals noch nicht verwendet. An den gesamten Lagermöglichkeiten des Jahres 1957 waren die Betonbehälter zu 11%, die Metalltanks zu 1,3% und die Hochdrucktanks zu 1% beteiligt, gegenüber 25%, 9% und 2,6% im Jahre 1972.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Struktur, Ausstattung und Belegung der Wohnungen im Frühjahr 1972

Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1972

Die laufenden Bautätigkeitsstatistiken liefern eine Vielzahl von Daten über die strukturelle Gliederung der Neuzugänge an Gebäuden und Wohnungen. Trotz dieses ständigen Informationsflusses fehlen jedoch Angaben, um einen Gesamtüberblick über den vorhandenen Bestand zu bekommen. Daher ordnet der Gesetzgeber von Zeit zu Zeit umfassende Totalerhebungen des Gebäude- und Wohnungsbestandes an, die in ihrer Fragestellung von den akuten wohnungspolitischen Zielsetzungen bestimmt werden. Solche Zählungen fanden 1950, 1956, 1961 und 1968 statt. Zwischenzeitlich werden sie ergänzt durch Wohnungsstichproben, in denen auch solche Tatbestände und Sachverhalte erfaßt werden können, die bei Totalzählungen aus sachlichen und finanziellen Gründen nicht zu ermitteln sind. Bisher wurden in den Jahren 1957, 1960, 1965 und 1972 solche Stichprobenerhebungen durchgeführt. Diese begnügen sich mit einer nach stichprobentheoretischen Grundsätzen ausgesuchten Erhebungsmasse von 1% des Gesamtbestandes an Wohnungen. Sie liefern aber bei relativ geringfügigem Kostenaufwand infolge der angewendeten Erhebungstechnik - die ausgewählten Wohnparteien werden durch sorgfältig geschulte Interviewer befragt - sehr ausführliche und tiefgegliederte Ergebnisse. Eine Einschränkung ist jedoch zu beachten: Auf Landesebene sind manche Felder des Tabellenprogramms für eine Aussage zu schwach besetzt, die restlichen, genügend besetzten Felder reichen hingegen aus, um ein gutes und aktuelles Bild von den Wohnverhältnissen in unserem Land zu gewinnen.

Die Tabellen enthalten bereits hochgerechnete Ergebnisse. Infolge des geringen Auswahlgesetzes sind Tabellenfelder in der Stichprobe mit weniger als 50 Fällen (hochgerechnet in Tausend = 5,0) und solche von 50 bis 100 (hochgerechnet in Tausend = 5,0 bis 10,0) in ihrer Aussagefähigkeit eingeschränkt. Trotz dieses Vorbehalts wird in den nachstehenden Ausführungen auf jene Werte nicht verzichtet, damit sie zur Abrundung dieser Ergebnisse beitragen.

In Verbindung mit dem Mikrozensus, einer regelmäßigen Auswählerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, fand auf Grund des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Städtebaus

(Wohnungsstichprobengesetz 1972) vom 7. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1945) im Frühjahr 1972 die 1%-Wohnungsstichprobe statt. Außer auf die klassischen Merkmale einer Wohnungsstatistik erstreckte sie sich erstmals auch auf städtebauliche Merkmale. In dem folgenden Beitrag sollen Struktur, Ausstattung und Belegung der Wohnungen im Frühjahr 1972 in Rheinland-Pfalz untersucht werden.

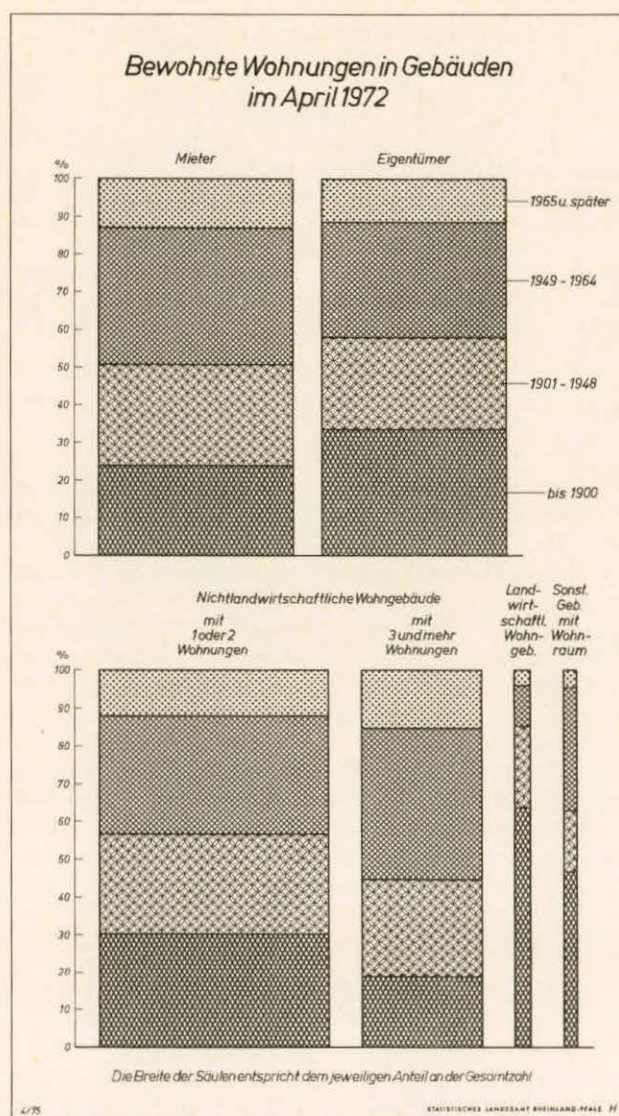
Mehr als 700 000 bewohnte Gebäude mit rund 1,2 Mill. Wohnungen

Für die Beurteilung der Wohnverhältnisse und des Wohnstandards eines Landes kann neben der Baualtersstruktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes auch die Aufgliederung nach Gebäudearten erste Anhaltspunkte liefern. Die bei der Stichprobe im Frühjahr 1972 ermittelten 705 000 bewohnten Gebäude wurden in drei Gruppen untergliedert. Den höchsten Anteil erreichten die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit 90% des Gesamtbestandes, ein Ergebnis, das in etwa den bekannten Vorstellungen entspricht. Gut 6% entfielen auf die landwirtschaftlichen Wohngebäude, der Rest auf sonstige Gebäude mit Wohnungen. Die bei dem Gebäudebestand vorgenommene Untergliederung nach Baualtersklassen weist einen höheren Anteil von sogenannten Altwohngebäuden aus, das heißt von Gebäuden, die bis 1948 errichtet wurden (58%).

Die überwiegend ländliche Struktur in Rheinland-Pfalz mit einer Vielzahl von kleineren Gemeinden und entsprechend wenigen Ballungsräumen hat eine nicht zu unterschätzende Auswirkung auf die Gebäudestruktur. Aus diesen Gründen ist es auch erklärlich, daß von allen Wohngebäuden 62% zu den Ein- und 26% zu den Zweifamilienhäusern rechnen, in denen sich 36 bzw. 31% aller Wohnungen befinden. Die restlichen 12% der Gebäude entfallen auf Mehrfamilienhäuser, die jedoch ein Drittel des Gesamtwohnungsbestandes aufweisen.

Bewohnte Gebäude mit Wohnungen nach Wohnungszahl, Wohnungsart, Baujahr, Gebäudeart und öffentlicher Förderung im April 1972

Baualter Gebäudeart Öffentliche Förderung	Bewohnte Gebäude			Gebäude mit ... Wohnungen								
	ins- gesamt	mit Woh- nungen	mit Küche	1			2			3 und mehr		
				Ge- bäude	Woh- nungen	mit Küche	Ge- bäude	Woh- nungen	mit Küche	Ge- bäude	Woh- nungen	mit Küche
	1 000											
Bis 1948 errichtet	407,0	654,5	647,1	62,3	38,7	39,0	26,9	33,5	33,4	10,8	27,8	27,6
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude	353,4	584,8	578,3	59,7	36,1	36,4	28,4	34,3	34,3	11,9	29,6	29,3
Landwirtschaftliche Wohngebäude	37,5	43,3	43,0	84,5	73,2	73,7	15,5	26,8	26,3	-	-	-
Sonstige Gebäude mit Wohnungen	16,1	26,4	25,8	65,8	40,1	39,5	21,1	25,8	26,0	13,1	34,1	34,5
Nach 1948 errichtet	297,7	557,1	554,7	61,1	32,6	32,8	25,4	27,2	27,2	13,5	40,2	40,0
Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude	282,1	533,9	531,6	60,3	31,9	32,0	26,0	27,5	27,5	13,7	40,6	40,5
Landwirtschaftliche Wohngebäude	6,8	7,6	7,5	91,2	81,6	82,7	5,9	10,5	10,7	2,9	7,9	6,6
Sonstige Gebäude mit Wohnungen	8,8	15,6	15,6	62,5	35,2	35,2	21,6	24,4	24,4	15,9	40,4	40,4
Insgesamt	704,7	1 211,6	1 201,8	61,8	35,9	36,1	26,3	30,6	30,6	11,9	33,5	33,3
Öffentlich geförderte Wohnungen	72,5	167,8	167,7	55,6	24,0	24,0	24,3	21,0	21,0	20,1	55,0	55,0



Die öffentlich geförderten Wohnungen erreichten 1972 einen Anteil von 14% am Gesamtwohnungsbestand, das heißt jede siebte Wohnung wurde mit Hilfe der öffentlichen Hand gebaut. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen befand sich in Mehrfamilienhäusern, knapp ein Viertel in Ein- und ein Fünftel in Zweifamilienhäusern.

Relativ hoher Altwohnungsbestand

Nicht so stark wie andere Länder war Rheinland-Pfalz von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges betroffen. Infolgedessen stammen knapp drei Zehntel aller Wohnungen noch aus der Zeit vor der Jahrhundertwende, ein Viertel wurde zwischen 1901 und 1948 errichtet. Damit rechnen 54% der Wohnungen zum Altbaubestand, der baujahrmäßig bis zum Beginn der großen Neubautätigkeit nach dem Kriege im Anschluß an die Währungsreform von 1948 reicht. Vergleichsweise belief sich dieser Prozentsatz bei der letzten Wohnungsstichprobe 1965 noch auf 62%. In der ersten Phase des Aufbaus bis 1964 entstand ein Drittel der zum Zeitpunkt der Erhebung zur Verfügung stehenden Wohnungen; jede achte wurde erst nach 1964 erbaut. Diese wiederum recht imponierenden Zahlen sind auf eine

sehr rege Neubautätigkeit in den Nachkriegsjahren zurückzuführen, die in nicht unerheblicher Weise zu einer ständigen Verbesserung in der Wohnungsverorgung führte. Durchschnittlich konnten von 1955 bis 1971 pro Jahr rund 29 700 Wohnungen bezugsfertig gemeldet werden.

In der Unterscheidung nach dem Baualter weichen die Ein- und Zweifamilienhäuser - bedingt durch ihren hohen Anteil - kaum nennenswert von dem Gesamtergebnis ab. Etwas gravierender ist schon der Unterschied bei den Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen. Hier wurden 48% dieser Gebäude erst nach der Währungsreform fertiggestellt, bei den Gebäuden mit ein und zwei Wohnungen waren es dagegen 44%. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß als Folge der Konzentration der Mehrfamilienhäuser in den größeren Städten sich bei dieser Gebäudeart im Vergleich zu den kleineren Gebäuden relativ viel höhere Kriegszerstörungen ergeben haben, wodurch der Anteil der Neubauten hier zwangsweise höher liegen muß. Diese Tendenz erfuhr noch eine erhebliche Verstärkung durch die nach dem Kriege im Rahmen des wirtschaftlichen Aufbaus zu beobachtende Landflucht, die in ihren Auswirkungen einen verstärkten Bau von Mehrfamilienhäusern erforderte.

Der extrem hohe Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern läßt vermuten, daß - in der Gliederung nach dem Besitzverhältnis - ein Großteil der Wohnungen von dem jeweiligen Eigentümer bewohnt wird. So erreichten auch im Frühjahr 1972 die Eigentümerwohnungen (einschließlich der Eigentumswohnungen) einen Anteil von knapp der Hälfte (49%) des gesamten Bestandes, während Mietwohnungen nur leicht überwogen (51%). In den einzelnen Baualterstufen variierte jedoch das Verhältnis recht erheblich. War nämlich in der Baualterstufe bis 1900 die Relation Mietwohnungen zu Eigentümerwohnungen 43 zu 57, so betrug sie in der Stufe 1965 und später umgekehrt 54 zu 46. Ein ähnliches Verhältnis ergab sich für den Zeitraum zwischen 1901 und 1964.

Im Durchschnitt 79 qm Wohnfläche

Als wichtigstes Indiz für den allgemeinen Wohnkomfort ist die Zusammensetzung des Wohnungsbestandes nach der Größe der Wohnungen, gemessen an der Fläche oder der Raumzahl anzusehen, wobei eine starke Korrelation zwischen den Merkmalen Größe einerseits und Besitzverhältnis andererseits besteht. Der im Frühjahr 1972 am stärksten vertretene Wohnungstyp war derjenige mit vier Räumen, auf den drei von zehn Wohnungen entfielen. Großwohnungen mit sechs und mehr Räumen (22%) erreichten einen beachtlichen Anteil, der jedoch in erster Linie auf die im allgemeinen großzügiger gebauten Eigentümerwohnungen zurückzuführen ist, die es in dieser Gruppe auf 39% brachten. Vergleichsweise hatten bei der letzten 1%-Wohnungsstichprobe im Herbst 1965 erst 31% dieser Wohnungen sechs und mehr Räume. Im Bereich der Mietwohnungen dominierten solche mit vier bzw. drei Räumen (36 bzw. 31%). Kleinwoh-

Bewohnte Wohnungen in Gebäuden nach Raumzahl, Wohnungsart und Gebäudegröße im April 1972

Wohnungsart Gebäudegröße	Insgesamt		Mit ... Räumen					
			1 und 2	3	4	5	6	7 und mehr
	1 000	%						
Mietwohnungen	614,9	51,4	10,9	31,1	35,8	16,1	3,9	2,2
Eigentümerwohnungen	581,9	48,6	1,8	11,4	22,8	24,9	20,5	18,6
Insgesamt	1 196,8	100,0	6,4	21,5	29,5	20,4	12,0	10,2
in Wohngebäuden								
mit 1 oder 2 Wohnungen	773,3	64,6	4,5	16,6	25,7	21,8	16,6	14,8
3 und mehr Wohnungen	381,8	31,9	10,0	31,8	36,8	17,6	2,9	0,9

nungen mit ein und zwei Räumen (Appartements), die ein Zehntel des Wohnungsbestandes in Mehrfamilienhäusern ausmachten, dürften überwiegend in städtischen Bereichen anzutreffen sein.

Nicht ohne Einfluß blieb die hohe Zahl von Großraumwohnungen auf die durchschnittliche Wohnfläche, die sich im Land auf 79 qm stellte. Erwartungsgemäß zeigen sich einige Unterschiede bei der Betrachtung nach Baualtersklassen. Die bis 1948 errichteten Altbauwohnungen lagen unter dem Durchschnittswert (75 qm), die in der ersten Aufbauphase nach dem Krieg erstellten geringfügig darüber (80 qm). Mit 92 qm Durchschnittsfläche brachten es die nach 1965 gebauten Einheiten auf ein Ergebnis, das in entscheidendem Maße durch die erheblich größeren Eigentümerwohnungen gegenüber den Mietwohnungen bestimmt wurde (113 bzw. 74 qm). In der Aufgliederung der Wohnungen nach Räumen zeigt sich auch die großzügigere Bauweise der von den Eigentümern belegten Wohnungen, die zwischen 11 (1 und 2 Räume) und 26 qm (7 und mehr) höhere Wohnflächen aufwiesen als die Mietwohnungen.

Die allgemein zu registrierende Verlagerung in mittlere und höhere Wohnungsgrößenklassen hat

sich von 1965 bis 1972 in einem recht starken Umfang vollzogen. 42% der Wohnungen hatten noch 1965 eine Wohnfläche bis zu 60 qm, hingegen waren es im Berichtsjahr nur 29%. 1965 standen nahezu in jeder siebten Wohnung 100 und mehr qm zur Verfügung; die Situation verbesserte sich im Laufe der Jahre erheblich, denn 1972 zählte nahezu jede vierte zu dieser Gruppe.

Jede dritte Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung

Sollen neben den mehr groben Qualitätsmerkmalen des Wohnungsbestandes wie Gebäudeart, Baualter und Wohnungsgröße noch speziellere und feinere Anhaltspunkte herangezogen werden, so bieten sich hierfür die sanitäre Ausstattung und die Beheizungsart an. Von den knapp 1,2 Mill. bewohnten Wohnungen mit Küchen verfügte im Frühjahr 1972 rund jede dritte über die qualitativ höchste Ausstattungsstufe, das heißt sie waren mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. Der Wunsch nach höherem Wohnkomfort und dessen Realisierung zeigen die Vergleiche mit der letzten Wohnungsstichprobe von 1965 und der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, als sich dieser Wert damals noch auf nur 20 bzw. 24% stellte. Hier ist zu ver-

Bewohnte Wohnungen mit Küche in Gebäuden nach Baualter der Gebäude, Durchschnittswohnfläche, Wohnverhältnis und Raumzahl im April 1972

Wohnverhältnis Raumzahl	Insgesamt		In ... errichteten Gebäuden					
			bis 1948		1949 - 1964		1965 und später	
	Wohnungen	Ø Fläche	Wohnungen	Ø Fläche	Wohnungen	Ø Fläche	Wohnungen	Ø Fläche
	1 000	qm	%	qm	%	qm	%	qm
Mietwohnungen	606,8	65	50,2	63	36,5	66	13,3	74
mit 1 oder 2 Räumen	59,5	33	57,5	32	31,8	33	10,7	37
" 3 "	190,5	51	53,2	48	36,1	53	10,7	57
" 4 "	220,1	69	45,5	67	39,9	69	14,6	77
" 5 "	99,2	87	46,4	86	35,0	86	18,6	93
" 6 "	24,0	102	60,0	100	29,2	106	10,8	107
" 7 und mehr "	13,5	136	63,7	139	28,9	135	7,4	119
Eigentümerwohnungen	580,5	93	57,7	87	30,5	98	11,8	113
mit 1 oder 2 Räumen	9,3	34	76,3	32	19,4	39	4,3	48
" 3 "	66,2	55	69,2	52	27,2	60	3,6	77
" 4 "	132,1	74	59,8	69	30,4	78	9,8	89
" 5 "	145,0	91	56,3	85	29,9	96	13,8	106
" 6 "	119,4	107	50,3	102	34,6	110	15,1	119
" 7 und mehr "	108,5	134	56,6	130	30,0	136	13,4	145
Insgesamt	1 187,3	79	53,9	75	33,5	80	12,6	92

Baujahr des Gebäudes Wohnungsart	Ins- gesamt	Mit Sammelheizung				Ohne Sammelheizung				Sonstige	Mit mehr als 1 WC in der Wohn- ung
		mit Bad		ohne Bad		mit Bad		ohne Bad			
		WC		WC		WC		WC			
		in der Wohn- ung	außer- halb der Wohn- ung	in der Wohn- ung	außer- halb der Wohn- ung	in der Wohn- ung	außer- halb der Wohn- ung	in der Wohn- ung	außer- halb der Wohn- ung		
	1 000	<i>in %</i>									
Nach der Ausstattung											
Bis 1948 errichtet	639,8	17,0	1,3	0,8	0,7	41,5	5,3	6,8	10,9	15,7	8,3
1948 - 1964 "	398,3	41,2	0,6	0,7	0,5	47,4	1,7	3,8	1,8	2,3	18,3
1965 und später "	149,2	84,9	0,5	0,7	0,1	12,5	0,3	0,7	0,3	-	31,5
Insgesamt	1 187,3	33,6	0,9	0,7	0,5	39,8	3,4	5,0	6,5	9,6	14,8
Mietwohnungen	606,8	30,7	0,9	1,0	0,9	38,1	4,2	6,9	10,3	7,0	5,1
Eigentümerwohnungen	580,5	36,7	0,9	0,5	0,2	41,6	2,6	3,0	2,6	11,9	24,5
Nach dem Baualter											
Bis 1948 errichtet	639,8	27,2	73,6	58,2	67,2	56,1	82,4	72,9	90,3	91,0	30,8
1948 - 1964 "	398,3	41,1	20,0	30,2	31,2	40,0	16,4	25,4	9,2	8,8	42,0
1965 und später "	149,2	31,7	6,4	11,6	1,6	3,9	1,2	1,7	0,5	0,2	27,2
Insgesamt	1 187,3	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mietwohnungen	606,8	46,6	51,8	67,4	81,3	48,9	63,0	70,4	80,8	38,2	17,9
Eigentümerwohnungen	580,5	53,4	48,2	32,6	18,7	51,1	37,0	29,6	19,2	61,8	82,1

muten, daß neben der Neubautätigkeit - heute wird kaum mehr eine Wohnung ohne Bad und WC gebaut - und zunehmender Kanalisation auch in kleineren Gemeinden die Tatsache eine Rolle gespielt hat, daß viele Althausbesitzer ihre Wohnungen modernisiert und ausgebaut haben, um einen entsprechenden Ertrag zu erzielen und auch in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben. Dafür spricht schon die Tatsache, daß in den bis 1948 errichteten Wohnungen bereits 18% der höchsten Ausstattungsstufe zugerechnet werden müssen. Relativ stark vertreten waren - im Vergleich zum Gesamtwohnungsbestand - noch die weniger gut ausgestatteten Wohnungstypen, und zwar brachten es diejenigen ohne Sammelheizung, aber mit Bad und WC auf etwas über 40% des Wohnungsbestandes, diejenigen, die weder über Sammelheizung noch über ein Bad - wohl über ein WC - verfügten, auf einen Anteil von 12%.

 Bewohnte Wohnungen nach Wohnungsart
und Art der Beheizung im April 1972

Beheizungsart	Insgesamt		Miet- wohnungen		Eigen- tümer- wohnungen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Sammelheizung	431,4	36,0	206,2	47,8	225,2	52,2
Fernheizung	11,8	1,0	11,3	95,8	0,5	4,2
Etagen-/Zentralheizung	419,6	35,1	194,9	46,4	224,7	53,6
Kohle 1)	31,8	2,6	10,5	33,0	21,3	67,0
Öl	322,9	27,0	156,0	48,3	166,9	51,7
Gas	48,3	4,0	23,8	49,3	24,5	50,7
Strom	16,6	1,4	4,6	27,7	12,0	72,3
Ofenheizung	765,4	64,0	408,7	53,4	356,7	46,6
Kohle 1)	239,6	20,0	134,1	56,0	105,5	44,0
Öl	288,6	24,1	159,6	55,3	129,0	44,7
Gas	38,1	3,2	26,1	68,5	12,0	31,5
Strom	51,8	4,3	25,9	50,0	25,9	50,0
2 Energiearten	130,5	10,9	54,7	41,9	75,8	58,1
3 oder 4 Energiearten	16,8	1,4	8,3	49,4	8,5	50,6
Insgesamt	1 196,8	100,0	614,9	51,4	581,9	48,6

1) Auch Koks, Briquets usw.

Inwieweit das Qualitäts- und Komfortbewußtsein gestiegen ist, zeigt sich daran, daß in immer mehr Wohnungen bereits ein zweites WC installiert ist. Besaß von den erfaßten bewohnten Wohnungen mit Küche jede siebte eine Gästetoilette, so war es bei den 1965 und später gebauten Einheiten bald jede dritte. Die schon an anderer Stelle getroffene Feststellung von der höherwertigen Ausstattung der Eigentümerwohnungen im Vergleich zu den Mietwohnungen gilt auch bei dem letztgenannten Kriterium, das ein Verhältnis von 5 zu 1 aufweist. Eine wesentlich angenäherte Relation ist bei der höchsten Ausstattungsstufe mit 1,2 zu 1 zu beobachten.

Über die Hälfte aller Wohnungen vom Heizöl abhängig

Bestimmende Faktoren für die Wahl der Heizungsart und der Heizungsenergie sind neben dem Preis noch die Bequemlichkeit und die Sauberkeit. Von den mit Sammelheizung ausgestatteten 36% der Wohnungen war nur 1% an eine Fernwärmeversorgung angeschlossen. Die übrigen 35% der Wohnungen hatten die traditionelle Etagen- bzw. Zentralheizung. In der Aufgliederung dieses Wertes nach dem Energiespender rangiert das Heizöl mit 27% eindeutig an der Spitze vor Gas (4%) und Kohle (3%). Verschwindend gering ist der Anteil der Anfang der 60er Jahre aufgekommene Elektrospeicherheizung.

Die eigentliche Bedeutung der Kohle als Brennmaterial liegt heute in der Beheizung der in nahezu zwei Dritteln der Wohnungen anzutreffenden Einzel- und/oder Mehrraumöfen. Im Vergleich zu allen Wohnungen wurde hier in jeder fünften der Energieträger Kohle verwendet. Noch etwas höher stellt sich der Wert bei Öl (24%), daß damit - insgesamt gesehen - in 51% aller rheinland-pfälzischen Wohnungen als Heizmaterial Verwendung findet. Sollte es zu Versorgungsschwierigkeiten mit Heizöl

Raumzahl Wohnungsart			Insgesamt 1)	Belegt mit ... Personen						
				1	2	3	4	5	6	7 und mehr
			1 000	%						
Anteile nach Personen										
Mit	1	Raum	3,4	64,7	23,5	5,9	5,9	-	-	-
"	2	Räumen	64,4	67,2	22,8	7,1	1,9	0,6	0,2	0,2
"	3	"	254,6	34,2	41,7	14,7	6,4	1,8	0,9	0,3
"	4	"	348,9	13,8	33,8	25,0	17,3	6,7	2,2	1,2
"	5	"	241,7	7,6	22,6	25,4	24,7	12,6	4,4	2,7
"	6	"	143,2	4,5	16,8	19,4	28,0	18,6	7,1	5,6
"	7 und mehr	"	121,9	3,1	12,6	16,2	23,5	21,7	11,7	11,2
Insgesamt			1 178,1	17,8	28,4	20,2	17,5	9,5	3,8	2,8
Mietwohnungen			597,6	23,4	29,8	20,8	15,0	7,0	2,3	1,7
Eigentümerwohnungen			580,5	12,0	26,8	19,7	20,1	12,0	5,4	4,0
Anteile nach Räumen										
Mit	1	Raum	3,4	1,0	0,2	0,1	0,1	-	-	-
"	2	Räumen	64,4	20,7	4,4	1,9	0,6	0,4	0,2	0,3
"	3	"	254,6	41,6	31,8	15,7	7,8	4,0	4,9	2,4
"	4	"	348,9	23,0	35,4	36,5	29,3	20,8	16,7	12,9
"	5	"	241,7	8,8	16,4	25,8	28,9	27,3	23,7	19,2
"	6	"	143,2	3,1	7,2	11,7	19,4	23,8	22,8	24,0
"	7 und mehr	"	121,9	1,8	4,6	8,3	13,9	23,7	31,7	41,2
Insgesamt			1 178,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mietwohnungen			587,6	66,6	53,4	52,1	43,5	37,6	29,9	30,9
Eigentümerwohnungen			580,5	33,4	46,6	47,9	56,5	62,4	70,1	69,1

1) Ohne von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Wohnungen.

kommen, so wären Eigentümer und Mieter in gleichem Maße davon betroffen.

29% der Vierpersonenhaushalte verfügten über vier Räume

Recht gute Anhaltspunkte für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung liefert die Untergliederung des Wohnungsbestandes nach Raumzahl und Belegung mit Personen. Das Bild, das sich für Rheinland-Pfalz ergibt, kann als günstig angesehen werden, denn von den Einpersonenhaushalten brauchte nur gut jeder fünfte mit ein oder zwei Räumen auszukommen, während 65% dieser Gruppe drei und vier Räume bewohnten. Wohnparteien mit zwei Personen konnten in zwei von drei Fällen

über Drei- und Vierraumwohnungen verfügen, 28% sogar über Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Mit steigender Personenzahl je Wohnung verschieben sich entsprechend die Anteilsätze in die höheren Wohnungsgrößenklassen, wobei sich allerdings das Verhältnis Personenzahl zu Raumzahl verschlechtert. So hatten Haushalte mit fünf Personen je Wohnung nur zu 75% fünf oder mehr Räume, in der nächsthöheren Gruppe belief sich dieser Wert auf 55%, das heißt 45% der Sechspersonenhaushalte mußten mit fünf und weniger Räumen auskommen. Bei den ausgesprochenen Großhaushalten mit sieben und mehr Personen bewohnten 41% auch sieben oder mehr Räume, 16% hatten sich mit vier oder weniger Räumen zu begnügen.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Wohngeldzahlungen 1973

An die Stelle des Wohngeldgesetzes vom 1. April 1965, mit dessen Hilfe es gelungen war, beim Übergang des Wohnungsmarktes aus zwangswirtschaftlichen Bindungen in die soziale Marktwirtschaft übermäßige soziale Härten bei finanziell weniger günstig gestellten Bevölkerungsschichten zu verhindern oder abzumildern, trat mit Wirkung vom 1. Januar 1971 das Zweite Wohngeldgesetz in Kraft. Es berücksichtigte nicht nur das inzwischen gestiegene Einkommens- und Mietenniveau, sondern auch die geänderten Vorstellungen über den Mindestbedarf an Wohnraum je Person. Auch wurden die bisherigen, etwas komplizierten Bestimmungen erheblich vereinfacht. Maßgebend für die Höhe des Wohngeldes waren nur noch Personenzahl des Haushalts, anrechenbares Familieneinkommen und zu berücksichtigende Miete oder Belastung.

Obwohl die Wohngeldzahlungen 1973 noch gemäß der dargelegten gesetzlichen Grundlage erfolgten und die Jahres- und Stichprobenergebnisse zum Jahresende letztmalig nach dem alten Wohngeldrecht kommentiert werden können, sei schon jetzt auf das Zweite Wohngeldgesetz in der Fassung vom 14. Dezember 1973, das am 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist, hingewiesen. Es beinhaltet auch das Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 15. Juli 1971 (BGBl. I S. 974), das Zweite Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 24. November 1971 (BGBl. I S. 1837) und das Dritte Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 10. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1855). Durch diese Fortentwicklung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1970 konnten sowohl die allgemeine Einkommens- und Preisentwick-

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Regierungsbezirken
und Zuschußarten 1973

Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Miet- zuschuß		Lasten- zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Koblenz	15 246	13 666	89,6	1 580	10,4
Trier	4 796	3 911	81,5	885	18,5
Rheinhausen-Pfalz	23 440	22 042	94,0	1 398	6,0
Insgesamt	43 482	39 619	91,1	3 863	8,9

lung als auch die Rechtsentwicklung und Rechtsprechung weitgehend berücksichtigt werden. So wurde nicht nur der Kreis der Wohngeldempfänger erweitert, sondern es ergaben sich auch höhere Leistungen an die Anspruchsberechtigten. Wohngeld wird nur gewährt, wenn das Einkommen, von dem bestimmte Beträge abgesetzt werden können, eine nach der Familiengröße gestaffelte Grenze nicht übersteigt. Sie liegt bei 800 DM monatlich für den Alleinstehenden und erhöht sich für das zweite und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied um je 200 DM monatlich. Die Höhe des Wohngeldes ist abhängig von der Größe der Familie, der Höhe des maßgebenden Einkommens und der zuschufähigen Wohnkosten.

Wohngeld als Mietzuschuß erhalten Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers; Inhaber einer Genossenschafts- oder Stiftswohnung, Bewohner eines Wohnheimes, Inhaber eines miethähnlichen Dauerwohnrechts, Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, eines Geschäftshauses oder eines Gewerbebetriebes, wenn sie in diesem Hause wohnen, Eigentümer eines Ein- bzw. Zweifamilienhauses, welches neben Wohnraum in einem Umfang Geschäftsräume enthält, so daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann, wenn er in diesem Hause wohnt sowie Inhaber einer landwirtschaftlichen Vollerwerbsstelle, deren Wohnanteil nicht vom Wirtschaftsteil getrennt ist. Wohngeld als Lastenzu-

schuß erhält der Eigentümer eines Eigenheimes, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung, einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle, wenn er darin wohnt und die Belastung dafür aufbringt. Aus den Tabellen, die Bestandteil des Gesetzes sind, kann jeder selbst die Höhe seines Wohngeldes leicht ablesen.

Als Folge gesetzlicher Änderungen sowie bundeseinheitlich vorgenommener Umstellungen der Aufbereitungsverfahren und Tabellenprogramme mußte auf einen Vergleich der für 1973 ermittelten Daten mit denen früherer Jahre nahezu ganz verzichtet werden.

Nahezu 50 000 Haushalte beziehen Wohngeld

Am Jahresende 1973 befanden sich in Rheinland-Pfalz insgesamt 49 285 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 46 323 Mietzuschüsse (94%) und 2 962 (6%) Lastenzuschüsse für die aus dem Kapitaldienst und aus der Bewirtschaftung entstehende Belastung. Die Mietzuschüsse beliefen sich auf 39,6 Mill. DM oder 91% der ausgezahlten Wohngeldbeträge, während nur 3,9 Mill. DM oder 9% Lastenzuschüsse betrafen. Die starke Zunahme der Wohngeldzahlungen zeigt ein Vergleich mit den Werten für 1970, als die Mietzuschüsse nur 18,7 Mill. DM und die Lastenzuschüsse 2,9 Mill. DM ausmachten. Innerhalb der drei Regierungsbezirke erreichte Trier mit 885 000 DM oder 19% den höchsten Anteil der Lastenzuschüsse an ausgezahlten Wohngeldbeträgen, in Rheinhausen-Pfalz dagegen wurde mit 22,0 Mill. DM oder 94% die höchste Quote der Mietzuschüsse ermittelt. Die aufgezeigten Unterschiede sind vornehmlich darauf zurückzuführen, daß in dem stärker landwirtschaftlich strukturierten Regierungsbezirk Trier Mietwohnungen nicht so häufig anzutreffen sind wie in dem mehr industriell geprägten Rheinhausen-Pfalz.

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Zuschußarten am 31.12.1973

Monatliches Familien- einkommen	Ins- gesamt	Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		Empfänger von Sozial- hilfe/Kriegs- opferfürsorge		Sonstige Nicht- erwerbs- tätige	
	Anzahl		%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
Empfänger von Mietzuschuß															
bis 200 DM	3 179	4	0,1	1	0,0	5	0,1	34	1,1	2 539	79,9	295	9,3	301	9,5
201 - 400 "	22 609	46	0,2	2	0,0	52	0,2	214	0,9	19 823	87,7	1 263	5,6	1 209	5,4
401 - 600 "	11 604	75	0,6	18	0,1	170	1,5	358	3,1	9 702	83,6	321	2,8	960	8,3
601 - 800 "	3 838	61	1,6	29	0,7	248	6,5	361	9,4	2 698	70,3	43	1,1	398	10,4
801 - 1 000 "	1 888	51	2,7	91	4,8	248	13,1	685	36,3	632	33,5	7	0,4	174	9,2
1 001 - 1 400 "	2 811	38	1,4	304	10,8	568	20,2	1 688	60,1	139	4,9	1	0,0	73	2,6
1 401 - 1 800 "	371	3	0,8	42	11,3	90	24,3	213	57,4	15	4,0	-	-	8	2,2
1 801 und mehr "	23	-	-	1	4,3	7	30,5	12	52,2	1	4,3	-	-	2	8,7
Insgesamt	46 323	278	0,6	488	1,1	1 388	3,0	3 565	7,7	35 549	76,7	1 930	4,2	3 125	6,7
Empfänger von Lastenzuschuß															
bis 200 DM	78	3	3,8	-	-	1	1,3	-	-	64	82,1	3	3,8	7	9,0
201 - 400 "	375	14	3,7	3	0,8	1	0,3	7	1,9	331	88,2	4	1,1	15	4,0
401 - 600 "	287	37	12,9	1	0,3	5	1,8	11	3,8	216	75,3	2	0,7	15	5,2
601 - 800 "	250	56	22,4	3	1,2	6	2,4	39	15,6	130	52,0	-	-	16	6,4
801 - 1 000 "	325	39	12,0	6	1,8	23	7,1	166	51,1	73	22,5	-	-	18	5,5
1 001 - 1 400 "	1 256	26	2,1	130	10,4	177	14,1	872	69,4	38	3,0	-	-	13	1,0
1 401 - 1 800 "	353	7	2,0	53	15,0	72	20,4	211	59,8	7	2,0	-	-	3	0,8
1 801 und mehr "	38	2	5,3	6	15,8	8	21,0	18	47,3	2	5,3	-	-	2	5,3
Insgesamt	2 962	184	6,2	202	6,8	293	9,9	1 324	44,7	861	29,1	9	0,3	89	3,0

Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße sowie Zuschußarten am 31.12.1973

Haushaltsgröße	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von ... qm									
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr
	Anzahl	%									
Empfänger von Mietzuschuß											
1 Person	26 297	9,2	10,7	21,5	25,8	19,4	8,5	3,1	1,5	0,2	0,1
2 Personen	8 100	0,2	1,0	5,6	19,7	33,4	21,5	11,0	6,3	1,0	0,3
3 "	2 411	0,1	0,4	2,4	7,7	17,3	22,2	24,1	21,5	3,6	0,7
4 "	1 950	-	0,1	0,9	3,0	7,1	16,9	28,4	35,4	6,6	1,6
5 "	1 289	-	-	0,5	1,9	4,8	9,4	21,4	44,8	13,5	3,7
6 "	681	-	-	0,3	0,9	1,7	8,1	16,3	45,1	19,4	8,2
7 und mehr "	712	-	0,1	0,1	1,3	3,7	5,9	11,2	38,6	23,9	15,2
Insgesamt	41 440	5,9	7,0	14,9	20,9	20,4	12,3	8,0	7,9	2,0	0,7
Empfänger von Lastenzuschuß											
1 Person	265	0,4	1,5	4,5	10,2	20,7	18,5	15,5	19,6	4,2	4,9
2 Personen	276	-	-	0,7	4,0	12,0	16,3	16,3	30,8	12,7	7,2
3 "	186	-	-	-	2,7	3,2	8,6	10,2	32,8	22,6	19,9
4 "	522	-	-	-	-	1,2	2,5	9,0	24,5	30,8	32,0
5 "	488	-	-	-	-	0,8	1,6	5,5	24,6	32,6	34,9
6 "	377	-	-	-	-	0,2	1,1	2,4	19,4	33,4	43,5
7 und mehr "	502	-	-	-	-	0,4	0,6	2,2	13,9	31,5	51,4
Insgesamt	2 616	0,0	0,2	0,5	1,6	4,1	5,3	7,6	22,5	26,5	31,7

1) Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche (§ 8 Abs. 2 und 3 2. WGG).

Mehr als drei Viertel der Empfänger von Mietzuschüssen sind Rentner und Pensionäre

Die soziale Struktur des Empfängerkreises von Mietzuschüssen zeigt deutliche Unterschiede zu dem von Lastenzuschüssen. Wie schon in früheren Jahren dominierten auch im Berichtsjahr unter den Empfängern von Mietzuschüssen die Rentner und Pensionäre, deren Anteil auf 77% angestiegen ist. Danach folgten Arbeiter (7,7%), sonstige Nichterwerbstätige (6,7%) und Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsgesamtfürsorge (4,2%), während die rest-

lichen 4,7% auf Angestellte, Beamte und Selbständige entfielen. Das monatliche Familieneinkommen lag bei zwei Dritteln der Empfänger von Mietzuschüssen zwischen 200 und 600 DM. Ein erheblich anderes Bild zeigt sich bei den Beziehern von Lastenzuschüssen. Hier stellten Arbeiter die stärkste Gruppe, sie erzielten einen Anteil von 45%; Rentner und Pensionäre kamen immerhin auf 29% und Angestellte auf knapp ein Zehntel. Mehr als die Hälfte der Empfänger von Lastenzuschüssen verfügte über ein monatliches Familieneinkommen von 1 000 bis 1 800 DM, das somit im Durchschnitt

Hauptmieterhaushalte¹⁾ mit Mietzuschuß und Empfänger von Lastenzuschuß nach Einkommensbelastungsgrad vor und nach der Gewährung von Wohngeld am 31.12.1973

Belastungsgrad vor Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens	Ins- gesamt	Belastungsgrad nach Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens										
		1 - 2	3 - 4	5 - 6	7 - 8	9 - 10	11 - 12	13 - 15	16 - 20	21 - 25	26 - 30	31 und mehr
		Hauptmieterhaushalte mit Mietzuschuß										
unter 8	13	12	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 - 10	37	16	15	5	1	-	-	-	-	-	-	-
10 - 12	194	110	49	24	9	2	-	-	-	-	-	-
12 - 14	551	258	155	84	37	16	1	-	-	-	-	-
14 - 18	4 436	1 771	1 245	822	354	163	65	15	1	-	-	-
18 - 22	7 801	1 287	1 857	1 665	1 359	987	373	214	58	-	-	-
22 - 26	7 378	456	837	1 025	1 153	1 185	1 200	1 038	468	16	-	-
26 - 30	5 930	210	525	588	597	673	682	1 049	1 403	199	4	-
30 und mehr	17 703	194	535	695	825	998	1 024	1 892	3 679	3 123	1 961	2 777
Insgesamt	44 043	4 314	5 219	4 908	4 335	4 024	3 345	4 208	5 609	3 338	1 966	2 777
Empfänger von Lastenzuschuß												
unter 8	4	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 - 10	14	12	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 12	44	25	15	4	-	-	-	-	-	-	-	-
12 - 14	121	67	30	13	6	5	-	-	-	-	-	-
14 - 18	596	282	165	86	39	14	8	2	-	-	-	-
18 - 22	790	179	225	204	86	56	23	16	1	-	-	-
22 - 26	503	63	108	89	70	58	38	56	19	2	-	-
26 - 30	315	45	47	44	41	29	26	30	44	9	-	-
30 und mehr	575	37	58	66	32	33	32	45	87	71	41	73
Insgesamt	2 962	714	650	506	274	195	127	149	151	82	41	73

1) Einschl. Eigentümerhaushalte mit Mietzuschuß.

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes am 31. 12. 1973

Monatliches Familieneinkommen Haushaltsgröße	Ins- gesamt	Mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM							
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 140	140 - 180	180 und mehr
Mietzuschuß									
unter 200 DM	3 179	116	414	716	962	474	416	42	39
201 - 400 "	22 609	2 097	4 256	6 811	5 074	2 432	1 462	361	116
401 - 600 "	11 604	1 628	3 747	2 712	1 551	872	769	212	113
601 - 800 "	3 838	769	981	1 078	303	286	269	94	58
801 - 1 000 "	1 888	343	483	332	267	194	165	60	44
1 001 - 1 400 "	2 811	453	703	552	470	255	256	84	38
1 401 - 1 800 "	371	62	103	82	41	36	29	9	9
1 801 und mehr "	23	2	7	3	2	4	3	1	1
1 Person	29 385	3 577	7 301	8 757	5 815	2 499	1 263	139	34
2 Personen	9 276	1 045	2 051	2 235	1 681	1 067	917	231	49
3 "	2 700	292	502	522	430	356	416	128	54
4 "	2 114	263	377	383	382	267	272	117	53
5 "	1 368	164	257	214	201	183	221	77	51
6 "	717	83	102	94	89	88	144	73	44
7 und mehr "	763	46	104	81	72	93	136	98	133
Insgesamt	46 323	5 470	10 694	12 286	8 670	4 553	3 369	863	418
Lastenzuschuß									
unter 200 DM	78	7	17	17	11	10	8	3	5
201 - 400 "	375	40	53	89	81	51	37	17	7
401 - 600 "	287	29	51	43	42	40	42	26	14
601 - 800 "	250	20	36	59	25	31	39	23	17
801 - 1 000 "	325	29	35	66	56	46	55	19	19
1 001 - 1 400 "	1 256	172	229	250	234	125	147	60	39
1 401 - 1 800 "	353	56	86	62	34	53	31	23	8
1 801 und mehr "	38	6	9	6	4	5	8	-	-
1 Person	323	42	79	80	72	32	14	4	-
2 Personen	339	42	55	86	58	50	34	12	2
3 "	239	32	45	59	31	32	23	12	5
4 "	572	95	121	137	110	44	35	23	7
5 "	544	75	94	99	101	82	76	12	5
6 "	407	35	60	70	57	69	82	20	14
7 und mehr "	538	38	62	61	58	52	103	88	76
Insgesamt	2 962	359	516	592	487	361	367	171	109

ganz erheblich über dem der zu Miete wohnenden Wohngeldempfänger lag. In dieser Entwicklung spiegeln sich auch die kräftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen der vergangenen Jahre wider, die in Verbindung mit gestiegenen Ansprüchen an Ausstattung und Größe der Wohnungen zu den notwendigen Änderungen des Zweiten Wohngeldgesetzes führten.

Ein- und Zweipersonenhaushalte dominieren

Die Kombination von Haushalts- und Wohnungsgröße weist für Empfänger von Lastenzuschüssen im Durchschnitt erheblich höhere Wohnflächen aus als für Empfänger von Mietzuschüssen. So verfügten unter den Empfängern von Lastenzuschüssen bei den Einpersonenhaushalten 63% über eine Wohnfläche von mehr als 60 qm, bei den Beziehern von Mietzuschüssen der gleichen Haushaltsgröße dagegen nur 13%. Von den Beziehern von Lastenzuschüssen, deren Haushalt sieben und mehr Personen umfaßte, konnten 96% eine Wohnfläche von mindestens 80 qm in Anspruch nehmen gegenüber nur 78% bei den entsprechenden Empfängern von Mietzuschüssen. Von den insgesamt 41 440 Haushalten ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche, die Mietzuschüsse erhielten, waren mehr als vier Fünftel Ein- und Zweipersonenhaushalte, hingegen erreichten bei den Beziehern von Lastenzuschüssen die Haushalte mit vier Personen (20%)

gefolgt von denen mit fünf sowie sieben und mehr Personen (je 19%) die höchsten Anteile.

Drei Fünftel aller Wohngeldempfänger erhielten weniger als 60 DM

Von den insgesamt 49 285 Haushalten, die am Jahresende 1973 Wohngeld bezogen, erhielten 29 917 oder drei Fünftel weniger als 60 DM. Reichlich ein Drittel der Mietzuschußempfänger empfing ein Wohngeld von weniger als 40 DM, 45% erhielten 40 bis 80 DM, 9,8% 80 bis 100 DM, 9,1% 100 bis 180 DM und die restlichen 0,9% kamen auf mehr als 180 DM. Unter den Beziehern mit einem ganz geringen Familieneinkommen (unter 200 DM) wurde mehr als drei Zehnteln über 80 DM Mietzuschuß zugesprochen.

Wie schon in früheren Jahren waren auch 1973 bei den Lastenzuschußempfängern die oberen Größenklassen des Wohngeldes stärker besetzt. Einen Lastenzuschuß von weniger als 100 DM erhielten 78%, weitere 18% kamen auf 100 bis 180 DM und 3,7% auf mehr als 180 DM. Haushalte mit einem Familieneinkommen von 400 bis 1 000 DM erreichten den höchsten Anteil von Lastenzuschußempfängern, die mehr als 100 DM erhielten.

Eine Analyse von Personenzahl des Haushalts und Wohngeldhöhe führte zu teilweisen gegenläufigen Ergebnissen bei Miet- und Lastenzuschuß-

empfängern. Bei ersteren befanden sich unter den Haushalten, die weniger als 40 DM bekamen, vor allem Einpersonenhaushalte (67%), während Haushalte mit fünf und mehr Personen nur 4,5% ausmachten. Dagegen betrugen bei den Lastenzuschußempfängern die entsprechenden Werte 14 und 42%. Unter den Mietzuschußempfängern weist mit steigender Wohngeldhöhe der Anteil der Einpersonenhaushalte eine abnehmende Tendenz auf, während er vor allem bei den Haushalten mit drei und mehr Personen zunimmt. Bei den Lastenzuschußempfängern konnten vor allem für Haushalte mit sieben und mehr Personen hohe Anteile an der Zahl der Haushalte mit mehr als 100 DM Wohngeld beobachtet werden.

Belastungsgrad des Einkommens durch Wohngeldzahlung erheblich vermindert

Eine Belastung des Nettoeinkommens für die

Mietzahlung oder für die aus dem Kapaldienst und aus der Bewirtschaftung entstehende Belastung, die mehr als ein Fünftel beträgt, kann als relativ hoch angesehen werden. Infolge der Zahlung von Wohngeld gelang es jedoch, den durchschnittlichen Belastungsgrad der Einkommen erheblich zu vermindern. Unter den Hauptmieterhaushalten mit Mietzuschüssen befanden sich vor der Gewährung von Wohngeld nicht weniger als 31 011 oder 70%, die einen Belastungsgrad von mehr als 21% aufzuweisen hatten; nachher waren es nur noch 8 081 oder 18%. Von den im Durchschnitt über ein höheres Familieneinkommen verfügenden Empfängern von Lastenzuschüssen hatten vor der Gewährung 1 393 oder 47% einen Belastungsgrad hinzunehmen, der 21% überstieg; nach Gewährung der Anträge konnten nur noch 196 oder 6,7% ermittelt werden.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Bevölkerung in Anstalten

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Die Verhältnisse, unter denen die Menschen wohnen und wirtschaften, hängen entscheidend davon ab, ob sie in einem Privathaushalt überwiegend nur zusammen mit Familienangehörigen leben oder ob sie in einer Anstalt untergebracht sind. Unter einer Anstalt ist dabei eine öffentliche oder private Einrichtung zu verstehen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dient und in der die Insassen und das Personal ständig gemeinschaftlich wohnen. Dabei wird in der Regel eine Gemeinschaftsverpflegung angeboten oder zumindest eine gemeinschaftliche Kochgelegenheit zur Benutzung überlassen. Zur Anstaltsbevölkerung im eigentlichen Sinne gehören jedoch nicht diejenigen Personen, die zwar in einer Anstalt wohnen, dort aber einen eigenen Haushalt führen, wie das bei dem Leiter oder dem Hausmeister einer Anstalt normalerweise der Fall ist. Nicht in die Anstaltsbevölkerung einbezogen sind weiterhin die Personen, die sich nur vorübergehend in der Anstalt aufhalten, ohne dort polizeilich gemeldet zu sein (zum Beispiel Patienten in Krankenhäusern) oder die lediglich in der Anstalt arbeiten, ohne dort zu wohnen.

Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung ist die Anstaltsbevölkerung relativ gering; bei 80 967 Personen beläuft sich ihr Anteil auf nur 2,2% und entspricht damit im wesentlichen der Quote von 1961. Allerdings sind die Ergebnisse aus den Volkszählungen 1970 und 1961 insofern nicht ganz miteinander vergleichbar, als 1970 die Beherbergungsbetriebe nur dann als Anstalten zu erfassen waren, wenn vom Personal (einschl. tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger) mindestens elf Personen im Betriebsgebäude wohnten, ohne hier einen eigenen Haushalt zu führen. Bei der Volkszählung 1961 wurden dagegen die Betriebs Haushalte des Beherbergungsgewerbes bereits dann den Anstalten zugerechnet, wenn nur das Personal in Betriebsgebäuden untergebracht war, während der Betriebsleiter selbst woanders wohnte, oder wenn das Personal sechs und mehr Personen umfaßte und mit dem Betriebsleiter zusammen im Betriebsgebäude wohnte. Unterschreitet das Personal die vor-

gesehenen Schwellenwerte, so wurde es 1970 wie 1961 beim Privathaushalt des Betriebsinhabers mitgezählt. Die durch diese unterschiedliche Abgrenzung der Anstaltsbevölkerung bewirkte Vergleichsstörung ist allerdings nicht sehr gravierend, da die auf die Beherbergungsstätten entfallende Anstaltsbevölkerung kaum ins Gewicht fällt.

Anstaltsart weitgehend für Altersstruktur der Anstaltsbevölkerung bestimmend

Zu den Anstalten werden zunächst die Heime gerechnet, in denen Kinder und Jugendliche untergebracht sind. Es handelt sich dabei um Heime von Unterrichtsanstalten, Erziehungsheimen sowie Säuglings- und Kinderheimen. Von der Größe der Anstaltsbevölkerung her gesehen rangieren die Heime von Unterrichtsanstalten mit 9 054 Personen erheblich vor den Säuglings- und Kinderheimen mit 3 529 Personen und den Erziehungsheimen mit 2 778 Personen. Ungefähr zwei Drittel der in Heimen von Unterrichtsanstalten und Erziehungsheimen lebenden Personen ist unter 21 Jahre alt. Bei den Säuglings- und Kinderheimen stellen die unter 15jährigen 74,2% und die unter 18jährigen 82,0%. Das in diesen Anstalten lebende Personal ist offensichtlich überwiegend ledig, denn der Anteil der Ledigen macht hier insgesamt zwischen 97 bis zu fast 100% aus.

Eine zweite Gruppe von Anstalten dient der Behandlung von Krankheiten, der Pflege und Eingliederung von Behinderten sowie der Vorbeugung gegen Krankheiten und der Rehabilitierung der bereits weitgehend wieder Genesenen. Davon bilden die Krankenhäuser und Sanatorien mit 15 810 Personen diejenige Anstaltsart, die zahlenmäßig am bedeutendsten ist. Die Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter sowie die Wohnheime für Behinderte waren mit 3 129 und die Erholungs- und Ferienheime mit 795 Personen belegt.

Anstaltsbevölkerung nach Altersgruppen und Anstaltsarten 1970

Anstaltsart	Ins- gesamt Anzahl	Im Alter von ... Jahren						
		unter 15-	15 - 18	18 - 21	21 - 25	25 - 45	45 - 65	65 und mehr
		%						
Heime von Unterrichtsanstalten	9 054	23,4	29,3	14,3	4,8	13,0	7,8	7,4
Heim einer Unterrichtsanstalt für nicht Behinderte	8 012	21,5	30,9	15,2	4,8	12,6	7,5	7,5
Heim einer Unterrichtsanstalt für behinderte Minderjährige	1 042	38,0	17,1	7,4	4,7	16,0	10,6	6,2
Erziehungsheime (nicht Jugendwohnheime)	2 778	33,0	25,2	10,1	3,7	11,6	9,2	7,2
Säuglings- und Kinderheime	3 529	74,2	7,8	2,8	1,2	4,7	5,4	3,8
Säuglings- und Kleinstkinderheim (für Kinder bis unter 3 Jahre alt)	751	75,2	7,7	2,1	0,5	4,8	5,5	4,1
Kinderheim	2 679	73,9	7,9	3,1	1,5	4,3	5,5	3,9
Kinderdorf	99	75,8	8,1	-	1,0	14,1	1,0	-
Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter, Wohnheime für Behinderte	3 129	15,2	8,5	6,6	4,3	20,9	23,3	21,1
Einrichtung zur Eingliederung behinderter Minderjähriger	781	33,4	13,8	11,5	6,1	17,2	10,5	7,4
Einrichtung zur Eingliederung behinderter Erwachsener	173	-	1,2	6,4	1,7	16,8	32,9	41,0
Einrichtung zur Pflege Behinderter	2 010	8,9	6,2	5,0	4,0	23,3	28,5	24,1
Wohnheim für Behinderte	165	23,0	18,8	3,6	1,8	13,9	10,3	28,5
Krankenhäuser und Sanatorien	15 810	3,2	12,1	12,6	6,0	24,6	25,7	15,9
Krankenhaus oder Sanatorium für Tuberkulosekranke	1 132	9,9	5,2	5,9	4,0	27,6	35,1	12,4
Psychiatrisches und neurologisches Krankenhaus oder Sanatorium	2 595	1,7	4,5	3,0	2,9	26,0	36,5	25,5
Krankenhaus für chronisch Kranke oder geriatrische Klinik	1 739	4,6	3,3	4,3	3,3	33,2	35,0	16,3
Sonstiges Krankenhaus oder Sanatorium	10 344	2,6	16,3	17,2	7,4	22,4	20,4	13,7
Erholungs- und Ferienheime	795	10,8	20,9	10,7	4,3	12,8	17,9	22,6
Erholungs- und Ferienheim für Minderjährige	441	19,5	26,1	10,9	5,2	13,8	10,4	14,1
Familienferienheim, Feriendorf, Ferienkolonie	16	-	50,0	12,5	12,5	6,3	12,5	6,3
Müttererholungsheim	102	-	25,5	11,8	2,9	13,7	31,4	14,7
Altenerholungsheim	52	-	3,8	1,9	1,9	9,6	30,8	51,9
Sonstiges Erholungs- oder Ferienheim für Erwachsene	184	-	8,2	12,0	2,7	11,4	25,0	40,8
Einrichtungen der Unterkunft und Unterbringung für nicht Behinderte	31 863	1,0	5,9	7,6	10,2	33,9	11,1	30,3
Heim für Mutter und Kind	52	34,6	7,7	23,1	3,8	9,6	13,5	7,7
Jugendwohnheim, Lehrlingsheim	1 919	-	49,6	24,3	9,7	10,1	2,3	4,0
Schülerwohnheim	990	29,7	24,2	16,9	2,2	12,1	7,2	7,7
Studentenwohnheim	1 907	-	1,2	26,8	46,9	24,8	0,4	-
Berufstätigen-, Ledigenwohnheim	2 447	-	9,8	18,3	14,2	35,1	12,3	10,2
Unternehmenseigenes Arbeiterwohnheim oder -lager; Schiff	11 781	-	1,6	5,9	14,3	69,7	8,4	0,1
Altenwohnheim	639	-	0,3	0,9	0,3	4,7	12,8	80,9
Altenheim	8 902	-	2,4	0,8	0,5	4,2	12,7	79,4
Altenpflegeheim	2 326	-	1,1	0,5	0,6	7,5	21,2	69,0
Durchgangs-, Wohnlager für Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Aussiedler	60	20,0	8,3	6,7	3,3	28,3	21,7	11,7
Durchgangs-, Wohnlager für Auswanderer; Überseeheim	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnheim oder -lager für Wohnungslose und Obdachlose	184	5,4	0,5	0,5	1,1	37,0	42,4	13,0
Sonstiges Wohnheim	656	-	0,6	3,2	7,0	39,8	46,2	3,2
Sonstige Einrichtungen und Anstalten	14 009	0,7	2,9	29,1	32,4	21,9	9,2	3,8
Beherbergungsstätte ¹⁾	680	-	25,0	23,5	13,4	19,6	10,9	7,6
Anstalt für religiöse Zwecke	1 967	4,8	8,8	5,4	3,7	23,5	29,6	24,1
Anstalt der Streitkräfte (Kaserne) oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	9 209	-	-	39,1	44,5	11,7	4,7	-
Straf- und Verwahranstalt	2 153	-	2,8	9,4	13,1	64,8	9,5	0,4
Insgesamt	80 967	8,8	10,2	12,9	11,7	24,9	13,5	18,0

1) Sofern das Personal 11 und mehr im Betriebsgebäude wohnende Personen umfaßt; nicht Erholungs- oder Ferienheime.

Bei der Untersuchung der Anstaltsbevölkerung in dieser Gruppe von Anstalten unter demographischen Aspekten ist zu beachten, daß auf das Personal bei den Krankenhäusern und Sanatorien und ebenso bei den Erholungs- und Ferienheimen ein sehr viel größerer Anteil entfällt als bei den Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter, denn die sich nur vorübergehend in den beiden zunächst genannten Anstaltsarten aufhaltenden Patienten und Erholungssuchenden rechnen ja nicht zur Anstaltsbevölkerung. Durch die große Zahl der in den Krankenhäusern und Sanatorien lebenden Krankenschwestern, unter denen die jüngeren Jahrgänge recht stark vertreten sind, ist der Anteil der 15- bis unter 21jährigen bei den Krankenhäusern und Sanatorien mit 24,7% überdurchschnittlich hoch. Maßgebend hierfür sind die Verhältnisse

in den normalen Krankenhäusern und Sanatorien. In den psychiatrisch-neurologischen Krankenanstalten sowie in den Krankenhäusern für chronisch Kranke, in denen die Patienten normalerweise länger verweilen, erreicht dagegen der Anteil der über 45jährigen 62,0 und 51,3%. Wenn von den in Erholungs- und Ferienheimen lebenden Personen fast ein Drittel zwischen 15 und 21 Jahre alt ist, so ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der Erholungs- und Ferienheime für Minderjährige, in denen die erholungssuchenden Kinder in großem Umfang durch Jugendliche betreut werden, 55,5% ausmacht. Von den in Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter untergebrachten Personen nehmen vor allem die über 65jährigen einen hohen Anteil ein (21,1%). Recht groß ist daneben auch die Zahl der unter 15jährigen (15,2%), wenn man in

Rechnung stellt, daß das in den Anstalten lebende Personal die Altersstruktur nicht unerheblich beeinflusst. Bedingt durch das überwiegend weibliche Personal sind 76,4% der in Krankenhäusern und Sanatorien und 80,5% der in Erholungs- und Ferienheimen ständig lebenden Personen Frauen; bei den Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter beträgt ihr Anteil dagegen nur 50,2%. Der Anteil der Ledigen liegt bei dieser Gruppe von Anstalten im Durchschnitt zwischen 85 und 88%.

Starke Homogenität der in einzelnen Anstaltsarten lebenden Personengruppen

Die Einrichtungen der Unterkunft und Unterbringung für Nichtbehinderte und die sonstigen Einrichtungen und Anstalten umfassen sehr heterogene Anstaltsarten. Am stärksten besetzt sind die unternehmenseigenen Arbeiterwohnheime (11 781 Personen), die Kasernen der Streitkräfte und der Polizei (9 209 Personen) und die Altenheime (8 902 Personen). Hier ist zu beachten, daß die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, obwohl sie kaserniert sind, nicht der Anstaltsbevölkerung zugerechnet werden, da sie bei der Volkszählung am Familienwohnsitz erfaßt wurden und damit unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung nachgewiesen werden. Bei den in diesen drei genannten Anstaltsarten untergebrachten Personen handelt es sich überwiegend um sehr homogene Gruppen. Von den in unternehmenseigenen Arbeiterwohnheimen lebenden Personen sind 84,0% zwischen 21 und 45 Jahre alt, 90,0% Männer, aber erstaunlicherweise 67,3% verheiratet; dies ist darin begründet, daß in Arbeiterwohnheimen vor allem ausländische Arbeiter untergebracht sind, die von ihren in der Heimat zurückgebliebenen Familien getrennt leben. Die in den Kasernen der Streitkräfte und der Polizei lebenden Personen sind dagegen zu 83,6% zwischen 18 und 25 Jahre alt und zu 88,4% noch ledig. Für die Zusammensetzung der in Altenheimen lebenden Personen ist zunächst maßgebend, daß der Personaleinsatz in diesen Anstalten relativ gering ist. Dementsprechend sind 79,4% der hier wohnenden Personen über 65 Jahre alt. Die Frauen überwiegen mit 80,4%, was nicht nur auf ihre längere Lebenserwartung zurückzuführen ist, sondern sich daraus erklärt, daß die Ehefrauen auf Grund des normalerweise bestehenden Altersunterschiedes zwischen den Eheleuten ihren Mann zumeist überleben und dann als Alleinstehende vielfach ein Altersheim aufsuchen. Da Ehepaare außerdem versuchen, ihren eigenen Haushalt so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, machen die Verheirateten nur 6,2% der Altenheimbewohner aus; 42,3% sind ledig und 51,6% verwitwet oder geschieden.

Überraschend hoher Anteil der in Anstalten untergebrachten Jugendlichen ist nicht auf Unterhalt durch Angehörige angewiesen

In welchem Umfang die Anstaltsbevölkerung sich am Erwerbsleben beteiligt, wird weitgehend durch den Zweck der Anstalt und durch die Relation zwischen Personal und Insassen bestimmt. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang besonders die

Frage, aus welchen Mitteln die nichterwerbstätigen Personen unter der Anstaltsbevölkerung ihren Lebensunterhalt bestreiten, ob sie eigene Renten, Pensionen, Unterstützungen und dgl. beziehen oder ob sie überwiegend von Angehörigen unterhalten werden. In den Heimen von Unterrichtsanstalten, den Erziehungsheimen, den Schüler- und Studentenwohnheimen halten sich überwiegend Jugendliche auf, die sich noch in der schulischen Ausbildung befinden, so daß der Anteil der Nichterwerbstätigen hier zwischen 71 und 74% ausmacht, die Studentenwohnheime ausgenommen, für die der Anteil der Nichterwerbstätigen 94,7% erreicht, weil sie nicht wie die Heime von Unterrichtsanstalten und die Schülerwohnheime reinen Internatscharakter haben und entsprechend weniger Personal benötigen. Von den in Säuglings- und Kinderheimen lebenden Personen sind 82,3% nicht erwerbstätig. Interessant ist, daß von den Nichterwerbstätigen ein überraschend hoher Anteil seinen Lebensunterhalt aus eigenen Renten, Unterstützungsleistungen u. ä. bestreiten kann; bei den Heimen von Unterrichtsanstalten sind es 29,0%, bei den Studentenwohnheimen 32,8% und bei den Erziehungsheimen sowie den Säuglings- und Kinderheimen sogar rund 90%. Dagegen sind die in Schülerheimen untergebrachten Schüler zu 86,5% auf den Unterhalt durch Angehörige angewiesen.

Anteil der Nichterwerbstätigen bei den meisten Anstaltsarten relativ hoch

Ebenfalls sehr hoch ist der Anteil der Nichterwerbstätigen in den Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter (86,7%), den Krankenanstalten, in denen die Behandlung eine längere Zeit in Anspruch nimmt, so daß die Patienten als Insassen zur Anstaltsbevölkerung zu rechnen sind, wie den psychiatrischen und neurologischen Krankenanstalten (90,8%) und den Krankenhäusern für chronisch Kranke (89,1%), den Altenheimen ebenso wie den Altenwohn- und Altenpflegeheimen (85 bis 90%). Die nichterwerbstätigen Insassen dieser Anstalten beziehen fast ausschließlich eine eigene Rente, Pension und dgl. und werden nur in ganz geringem Umfang von Angehörigen unterhalten (2 bis 7%).

In den normalen Krankenhäusern und Sanatorien, in denen überwiegend nur das Personal zur Anstaltsbevölkerung zählt, macht dagegen der Anteil der Nichterwerbstätigen nur 19,7% aus, von denen wiederum 80,7% ihren Lebensunterhalt aus eigenen Renten bestreiten. In die gleiche Kategorie fallen in dieser Hinsicht die Kasernen der Streitkräfte und der Polizei und die unternehmenseigenen Arbeiterwohnheime: Die hier untergebrachten Personen sind alle oder nahezu alle erwerbstätig. Ähnlich sind die Verhältnisse bei den Jugendwohn- und Lehrlingsheimen sowie den Berufstätigen- und Ledigenwohnheimen; der Anteil der Nichterwerbstätigen beläuft sich hier auf nur 18,2 und 13,7%. Dabei werden die nichterwerbstätigen Insassen von Jugendheimen überwiegend von Angehörigen unterhalten (58,7%), während es sich bei den in Ledigenwohnheimen lebenden Nichterwerbstätigen

Anstaltsbevölkerung nach Geschlecht, Familienstand und Anstaltsarten 1970

Anstaltsart	Männlich		Weiblich		Ledig		Verheiratet		Verwitwet/ geschieden	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Heime von Unterrichtsanstalten	4 327	47,8	4 727	52,2	8 742	96,6	212	2,3	100	1,1
Heim einer Unterrichtsanstalt für nicht Behinderte	4 007	50,0	4 005	50,0	7 707	96,2	209	2,6	96	1,2
Heim einer Unterrichtsanstalt für behinderte Minderjährige	320	30,7	722	69,3	1 035	99,3	3	0,3	4	0,4
Erziehungsheime (nicht Jugendwohnheime)	1 493	53,7	1 285	46,3	2 734	98,4	22	0,8	22	0,8
Säuglings- und Kinderheime	1 632	46,2	1 897	53,8	3 512	99,5	4	0,1	13	0,4
Säuglings- und Kleinstkinderheim (für Kinder bis unter 3 Jahre alt)	331	44,1	420	55,9	748	99,6	1	0,1	2	0,3
Kinderheim	1 247	46,5	1 432	53,5	2 665	99,5	3	0,1	11	0,4
Kinderdorf	54	54,5	45	45,5	99	100,0	-	-	-	-
Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter, Wohnheime für Behinderte	1 559	49,8	1 570	50,2	2 746	87,8	57	1,8	326	10,4
Einrichtung zur Eingliederung behinderter Minderjähriger	615	78,7	166	21,3	774	99,1	1	0,1	6	0,8
Einrichtung zur Eingliederung behinderter Erwachsener	58	33,5	115	66,5	99	57,2	14	8,1	60	34,7
Einrichtung zur Pflege Behinderter	852	42,4	1 158	57,6	1 732	86,2	42	2,1	236	11,7
Wohnheim für Behinderte	34	20,6	131	79,4	141	85,5	-	-	24	14,5
Krankenhäuser und Sanatorien	3 728	23,6	12 082	76,4	13 358	84,5	1 104	7,0	1 348	8,5
Krankenhaus oder Sanatorium für Tuberkulosekranke	720	63,6	412	36,4	649	57,3	347	30,7	136	12,0
Psychiatrisches und neurologisches Krankenhaus oder Sanatorium	1 167	45,0	1 428	55,0	1 860	71,7	277	10,7	458	17,6
Krankenhaus für chronisch Kranke oder geriatrische Klinik	895	51,5	844	48,5	1 236	71,1	215	12,4	288	16,6
Sonstiges Krankenhaus oder Sanatorium	945	9,1	9 398	90,9	9 613	92,9	265	2,6	465	4,5
Erholungs- und Ferienheime	155	19,5	640	80,5	690	86,8	38	4,8	67	8,4
Erholungs- oder Ferienheim für Minderjährige	116	26,3	325	73,7	409	92,7	12	2,7	20	4,5
Familienferienheim, Feriendorf, Ferienkolonie	2	12,5	14	87,5	14	87,5	-	-	2	12,5
Müttererholungsheim	4	3,9	98	96,1	96	94,1	2	2,0	4	3,9
Altenerholungsheim	9	17,3	43	82,7	45	86,5	4	7,7	3	5,8
Sonstiges Erholungs- oder Ferienheim für Erwachsene	24	13,0	160	87,0	126	68,5	20	10,9	38	20,7
Einrichtungen der Unterkunft und Unterbringung für nicht Behinderte	18 021	56,6	13 842	43,4	16 097	50,5	9 393	29,5	6 373	20,0
Heim für Mutter und Kind	5	9,6	47	90,4	51	98,1	-	-	1	1,9
Jugendwohnheim, Lehrlingsheim	1 627	84,8	292	15,2	1 811	94,4	78	4,1	30	1,6
Schülerwohnheim	552	55,8	438	44,2	964	97,4	22	2,2	4	0,4
Studentenwohnheim	1 222	64,1	685	35,9	1 822	95,5	82	4,3	3	0,2
Berufstätigen-, Ledigenwohnheim	803	32,8	1 644	67,2	2 010	82,1	359	14,7	78	3,2
Unternehmenseigenes Arbeiterwohnheim oder -lager; Schiff	10 606	90,0	1 175	10,0	3 716	31,5	7 934	67,3	131	1,1
Altenwohnheim	165	25,8	474	74,2	234	36,6	38	5,9	367	57,4
Altenheim	1 748	19,6	7 154	80,4	3 765	42,3	548	6,2	4 589	51,6
Altenpflegeheim	466	20,0	1 860	80,0	1 183	50,9	121	5,2	1 022	43,9
Durchgangs-, Wohnlager für Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Aussiedler	24	40,0	36	60,0	25	41,7	26	43,3	9	15,0
Durchgangs-, Wohnlager für Auswanderer; Überseeheim	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnheim oder -lager für Wohnungslose und Obdachlose	167	90,8	17	9,2	95	51,6	29	15,8	60	32,6
Sonstiges Wohnheim	636	97,0	20	3,0	421	64,2	156	23,8	79	12,0
Sonstige Einrichtungen und Anstalten	12 352	88,2	1 657	11,8	11 755	83,9	1 562	11,1	692	4,9
Beherbergungsstätte ¹⁾	309	45,4	371	54,6	564	82,9	75	11,0	41	6,0
Anstalt für religiöse Zwecke	731	37,2	1 236	62,8	1 889	96,0	6	0,3	72	3,7
Anstalt der Streitkräfte (Kaserne) oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	9 209	100,0	-	-	8 143	88,4	954	10,4	112	1,2
Straf- und Verwahranstalt	2 103	97,7	50	2,3	1 159	53,8	527	24,5	467	21,7
Insgesamt	43 267	53,4	37 700	46,6	59 634	73,7	12 392	15,3	8 941	11,0

1) Sofern das Personal 11 und mehr im Betriebsgebäude wohnende Personen umfaßt; nicht Erholungs- oder Ferienheime.

überwiegend um Rentner und Pensionäre handelt (86,0%).

Stärkere Konzentration der Anstalten auf die Städte

Die regionale Verteilung der Anstalten, wie sie am besten in der Größe der Anstaltsbevölkerung im Verhältnis zu der Zahl der in Privathaushalten lebenden Personen zum Ausdruck kommt, zeigt, daß sich die Anstalten relativ stark auf die kreisfreien Städte konzentrieren. Das hat seinen Grund darin, daß bestimmte Anstaltstypen in bestimmtem Umfang zentral gelegen sein müssen, da sie der Versorgung der Bevölkerung eines größeren Um-

landes mit Leistungen auf dem medizinischen, kulturellen und sozialen Sektor dienen. Dazu gehören die Krankenhäuser, die an die Schulen und Universitäten gebundenen Schüler- und Studentenwohnheime, die Jugendwohn- und Lehrlingswohnheime sowie die Altenheime. Die Anstaltsbevölkerung liegt daher in den kreisfreien Städten im Verhältnis zu der Zahl der in Privathaushalten lebenden Personen über dem Durchschnitt oder dicht darunter; etwas aus dem Rahmen fallen nur Worms und Pirmasens, wo nur 16 und 19 Personen in Anstalten auf 1 000 Personen in Privathaushalten kamen (Durchschnitt 23). Wenn in einzelnen Städten diese Kennzahl den Durchschnitt

besonders stark überschreitet, so ist dies auf besondere Umstände zurückzuführen, wie etwa in Koblenz, das eine große Garnison besitzt. Ein hoher Anteil der Anstaltsbevölkerung in den Landkreisen ist in der Regel dadurch bedingt, daß hier bestimmte große Spezialanstalten ihren Sitz haben; so befinden sich in den Landkreisen Landau-Bad Bergzabern und Mayen-Koblenz psychiatrische Krankenanstalten (in der Stadt Andernach entfallen daher 59 Personen in Anstalten auf 1 000 Personen in Privathaushalten) und in den Landkreisen Neuwied und Rhein-Lahn Anstalten zur Eingliederung und Pflege Behinderter.

Mittelstädte als Standort für Altenheime vielfach bevorzugt

Interessant ist, daß auch die Zahl der in Altenheimen, Altenpflege- und Altenwohnheimen lebenden Personen in den Städten im ganzen gesehen relativ größer ist als in den ländlichen Räumen, obwohl sich die Lebensbedingungen in den Städten durch den starken Verkehr und auf Grund der mit der Konzentrierung der Wirtschaftsbetriebe in den Städten zwangsläufig verbundenen Beeinträchtigung der Umwelt erheblich verschlechtert haben. Offensichtlich fühlen sich - trotz der fortschreitenden Mobilität breiter Bevölkerungsschichten - viele ältere Menschen doch an die Stadt, in der sie vor ihrem Ausscheiden aus dem Wirtschaftsprozeß ge-

lebt haben, stark gebunden. Allerdings werden Altenheime in Mittelstädten weitgehend bevorzugt; so kommen in den Städten Landau, Bingen und Lahnstein rund 10 Personen in Altenheimen (einschließlich Altenwohn- und Altenpflegeheimen) auf 1 000 Personen in Privathaushalten (Durchschnitt 3). Von den übrigen kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten erreicht nur noch Mainz einen entsprechend hohen Anteil.

Für eine weitere Auswertung der nach Verwaltungsbezirken aufbereiteten Angaben über die Anstaltsbevölkerung ist noch der Hinweis wichtig, daß es sich hierbei um die in den Anstalten bei der Volkszählung über die Anstaltslisten erfaßten Personen handelt, die noch diejenigen Personen mit einschließen, die in ihrem Erhebungsbogen angegeben hatten, daß sie noch eine andere Wohnung unterhalten, in der sie überwiegend leben, so daß sie an sich nicht zur Anstaltsbevölkerung der betreffenden Anstalt gehören. Die nach Verwaltungsbezirken nachgewiesene Zahl für die Anstaltsbevölkerung liegt daher mit 82 714 Personen über der streng nach dem Konzept der Wohnbevölkerung abgegrenzten Anstaltsbevölkerung, die dem Programm für die eigentliche Aufbereitung und Darstellung der Anstaltsbevölkerung zugrunde liegt und sich auf 80 967 Personen beläuft.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Ausländer

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Das wirtschaftliche Wachstum führte in den 60er Jahren zu einem Bedarf an Arbeitskräften, der im Inland nicht mehr gedeckt werden konnte. Um diese Lücke zu schließen, wurden in großem Umfang ausländische Arbeitskräfte insbesondere in den süd- und südosteuropäischen Ländern angeworben, in denen aufgrund eines hohen Geburtenüberschusses ein Arbeitskräftepotential zur Verfügung stand, das infolge der geringen Industrialisierung und einer langsamer verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung nicht voll genutzt werden konnte, was eine beträchtliche Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung insbesondere auch bei den jüngeren Jahrgängen zur Folge hatte. Der große Zustrom von ausländischen Arbeitern hat jedoch Probleme entstehen lassen, die zunächst wohl offensichtlich unterschätzt wurden, weil man bei der Anwerbung damit rechnete, daß die Gastarbeiter nicht lange in der Bundesrepublik bleiben würden. Inzwischen sind diese Gastarbeiter aber ein auf absehbare Zeit nicht zu entbehrender Teil der Arbeiterschaft geworden. Ihre vernünftige Unterbringung und die Integration ihrer Kinder in das deutsche Schul- und Bildungssystem verlangen nach einer dauerhaften Lösung.

Um über die Ausländer, und d. h. in der Bundesrepublik insbesondere über die Gastarbeiter, verlässlichere und umfassendere Informationen zu erhalten, als sie bisher zur Verfügung standen, wurde deshalb das Aufbereitungsprogramm für die Ausländer in der Volkszählung 1970 im Vergleich zu 1961 erheblich ausgebaut. Da jedoch regional tiefgegliederte Angaben nur für die Gesamtheit der Ausländer benötigt werden, ohne daß dabei nach der jeweiligen Nationalität unterschieden wird, konnte man sich im totalen Erhebungs-

teil auf die Erfassung der Ausländer insgesamt beschränken. Eine weitere Untergliederung der Ausländer nach der Staatsangehörigkeit erfolgte nur im repräsentativen Erhebungsteil. Da im Rahmen der maschinellen Aufbereitung darauf verzichtet wurde, die Ergebnisse der Repräsentativerhebung vollständig mit den Eckzahlen aus der Totalerhebung abzustimmen, weichen die in der Gliederung nach der Staatsangehörigkeit vorgelegten Ausländerzahlen aus der Repräsentativerhebung von den Ausländerzahlen in den übrigen Tabellen, die aufgrund der Totalerhebung aufbereitet wurden, ab.

Ausländerdichte in Rheinland-Pfalz geringer als im gesamten Bundesgebiet

Zu den Ausländern rechnen alle im Bundesgebiet ansässigen Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und die auch nicht gemäß Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind. Personen, die im Erhebungsbogen sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angegeben hatten, wurden als Deutsche erfaßt. Überhaupt nicht in die Volkszählung einzubeziehen waren die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihre Familienangehörigen; diese Personen sind daher nicht in den Ausländerzahlen enthalten.

Die Zahl der Ausländer in Rheinland-Pfalz stieg von 29 023 im Jahre 1961 auf 81 255 im Jahre 1970,

Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit
in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1961 und 1970

Staatsangehörigkeit	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet	
	1961	1970	1961	1970
	1 000			
Europäische Staaten	20,3	62,5	528,0	1 931,7
Belgien	0,3	0,5	6,5	11,9
Frankreich	2,5	4,5	20,1	37,2
Griechenland	1,0	6,7	42,1	305,3
Großbritannien	0,3	0,9	9,1	27,5
Italien	7,3	21,7	196,7	527,5
Jugoslawien	0,6	8,7	16,4	409,8
Luxemburg	0,6	0,9	1,9	3,9
Niederlande	1,3	2,0	65,4	98,0
Österreich	1,9	3,7	57,3	123,0
Polen	.	1,5	.	17,3
Portugal	0,0	2,1	0,8	47,5
Schweiz	0,8	1,6	16,0	26,3
Spanien	0,9	6,4	44,2	239,0
Tschechoslowakei	.	0,6	.	20,5
Ungarn	.	0,5	.	12,0
UdSSR	.	0,1	.	1,5
Asiatische Staaten,				
Australien und Ozeanien	0,8	15,0	27,4	487,7
Iran	0,2	0,4	6,2	12,9
Türkei	0,1	12,6	6,7	429,4
Amerikanische Staaten	0,9	3,2	20,0	64,5
USA	0,7	2,7	14,6	48,1
Afrikanische Staaten	0,3	1,1	7,8	25,1
Staatenlose und ungeklärt	6,7	4,4	102,9	91,5
Insgesamt	29,0	86,3	686,2	2 600,6

wenn man für 1970 die Ergebnisse der Totalerhebung zugrunde legt, das entspricht einer Zunahme um 180%. Für das Bundesgebiet ergibt sich allerdings eine noch wesentlich höhere Zuwachsrate von 279%. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Rheinland-Pfalz zum Teil durch die in der Landwirtschaft freigesetzten Erwerbstätigen gedeckt werden konnte, während in den großen Industrieräumen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die Zahl der aus der Landwirtschaft abgewanderten Arbeitskräfte insgesamt gesehen weniger ins Gewicht fiel. Im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung ist die Zahl der Ausländer in Rheinland-Pfalz erheblich geringer als im Bundesgebiet insgesamt (237 gegenüber 429 je 10 000 Einwohner).

Italiener in Rheinland-Pfalz größte Ausländergruppe

Die größte Ausländergruppe stellten 1970 die Italiener mit 21 700 Personen (25,1%). Überwiegend als Gastarbeiter eingereist sind weiterhin 12 600 Türken (14,6%), 8 700 Jugoslawen (10,1%), 6 700 Griechen (7,8%) und 6 400 Spanier (7,4%). Im Bundesgebiet insgesamt waren die Italiener mit einem geringeren Anteil (20,3%), die übrigen Nationalitäten aber in einem stärkeren Maße vertreten (Türken 16,5%, Jugoslawen 15,8%, Griechen 11,7% und Spanier 9,2%). Die Unterschiede sind zum Teil dadurch bedingt, daß die großen Firmen gerne Gastarbeiter einer Nationalität einstellen, da dies die sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten und dadurch den Arbeitseinsatz erleichtert. Neben den Ausländern aus den süd- und südosteuropäischen Ländern und der Türkei, die bis auf eine relativ geringe Zahl als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind und die (unter Einschluß der Portugiesen) 67,4% aller Ausländer stellen, haben in Rheinland-Pfalz aufgrund der engen Nachbarschaft zu Frankreich noch eine größere Anzahl von Franzosen (4 500) ihren Wohnsitz.

Anteil der 20- bis 40jährigen Ausländer mit über 50% doppelt so groß wie unter der deutschen Bevölkerung

Als Gastarbeiter wurden überwiegend jüngere Männer angeworben, so daß die Gliederung der Ausländer nach dem Geschlecht und Alter erheblich von der entsprechenden Zusammensetzung der deutschen Wohnbevölkerung abweicht. Während der Anteil der Männer unter der deutschen Wohnbevölkerung bei 47,7% liegt, erreicht er bei den Ausländern insgesamt 62,9% und bei den Ausländern aus den Staaten, aus denen überwiegend Gastarbeiter nach Deutschland kommen, sogar 65,8%. Der Anteil der Ausländer im Alter von 20 bis 40 Jahren ist mit 50,8% doppelt so groß wie bei der gesamten Wohnbevölkerung (26,0%). Dagegen sind insbesondere die älteren Jahrgänge unter den Ausländern sehr viel schwächer besetzt: Nur 9,3% waren über 50 und lediglich 2,5% über 65 Jahre alt;

Ausländer nach Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	Ausländer		Wohnbevölkerung	Ausländer		Wohnbevölkerung	Ausländer		Wohnbevölkerung
	1 000	% 1)		1 000	% 1)		1 000	% 1)	
unter 15 Jahre	16,0	19,7	24,6	8,1	15,9	26,4	7,9	26,2	22,9
15 - 20 "	5,7	7,0	7,4	2,8	5,5	8,0	2,8	9,3	6,9
20 - 25 "	10,4	12,8	5,8	5,8	11,4	6,3	4,6	15,3	5,3
25 - 30 "	11,6	14,3	6,2	7,8	15,3	6,6	3,8	12,6	5,7
30 - 40 "	19,3	23,7	14,0	14,3	28,0	15,2	5,0	16,6	12,9
40 - 50 "	10,8	13,3	13,0	7,6	14,9	12,5	3,2	10,6	13,4
50 - 60 "	4,3	5,3	10,1	3,0	5,9	8,9	1,3	4,3	11,3
60 - 65 "	1,2	1,5	6,0	0,7	1,4	5,3	0,5	1,7	6,6
65 und mehr "	2,0	2,5	12,9	0,8	1,6	10,7	1,2	4,0	14,9
Insgesamt	81,3	100,0	100,0	51,1	100,0	100,0	30,1	100,0	100,0

1) Spaltensummen = 100.

Ausländer aus Staaten, aus denen überwiegend Gastarbeiter nach Deutschland kommen¹⁾, nach Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
unter 15 Jahre	10,9	5,7	5,1
15 - 20 "	3,8	1,8	1,9
20 - 25 "	7,3	4,3	3,0
25 - 30 "	10,0	6,9	3,0
30 - 40 "	16,9	12,8	4,1
40 - 50 "	7,0	4,9	1,9
50 - 60 "	2,0	1,3	0,7
60 - 65 "	0,2	0,2	0,0
65 und mehr "	0,5	0,2	0,2
Insgesamt	58,2	38,3	20,0
%			
unter 15 Jahre	18,7	14,9	25,5
15 - 20 "	6,5	4,7	9,5
20 - 25 "	12,5	11,2	15,0
25 - 30 "	17,2	18,0	15,0
30 - 40 "	29,0	33,4	20,5
40 - 50 "	12,0	12,8	9,5
50 - 60 "	3,4	3,4	3,5
60 - 65 "	0,3	0,5	0,0
65 und mehr "	0,9	0,5	1,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

1) Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei.

für die gesamte Wohnbevölkerung beliefen sich die entsprechenden Anteile dagegen auf 29,0 und 12,9%. Dagegen liegt der Anteil der unter 20jährigen Ausländer mit 26,7% bei weitem nicht so stark unter dem Landesdurchschnitt für die gesamte Wohnbevölkerung (32,0%). Die Unterschiede gegenüber der Altersstruktur der gesamten Wohnbevölkerung sind natürlich noch gravierender, wenn man nur die Ausländer aus den Staaten, aus denen überwiegend Gastarbeiter nach Deutschland kommen, betrachtet: 58,7% waren zwischen 20 und 40 Jahre alt, während der Anteil der über 50jährigen 4,6 und der Anteil der über 65jährigen sogar nur 0,9% ausmachte. Da viele ausländische Gastarbeiter ihre Familien nach Deutschland nachkommen ließen oder hier heirateten, hat sich der Anteil der unter 20jährigen inzwischen auf 25,2% erhöht. Dies vergrößert die Probleme, die sich insbesondere für die Schulen daraus ergeben, daß sie eine große Anzahl von Kindern aufnehmen müssen, die die deutsche Sprache nur unzulänglich beherrschen und die sich darüber hinaus in für sie zum Teil sehr fremdartige Verhältnisse eingewöhnen müssen.

Über 20% der Ausländer leben in Wohnheimen

Viele Gastarbeiter waren mit der Absicht nach Deutschland gekommen, hier nur solange zu bleiben, bis sie sich von ihrem Verdienst soviel erspart haben, daß sie sich in ihrem Heimatland eine eigene Existenz aufbauen können. Andere haben ihre Familien in der Heimat zurückgelassen und müssen ihren Lebensstandard sehr stark einschränken, um den für den Unterhalt ihrer Familien erforderlichen Betrag aufbringen und nach Hause schicken zu können. Da der Aufenthalt wohl in den meisten Fällen als vorübergehend angesehen wird, versuchen die Gastarbeiter verständlicherweise, den Teil ihres Einkommens, den sie für die Wohnungsmiete abzweigen müssen, möglichst gering zu halten. Hinzu

kommt allerdings, daß sich viele Vermieter besserer Wohnungen dagegen sträuben, Gastarbeiter aufzunehmen, da sie - zum Teil durchaus zu Recht - befürchten, daß die anders gearteten Lebensgewohnheiten der Gastarbeiter die besser verdienenden Einheimischen als Mieter vertreiben, mit dem Ergebnis, daß der Ertragswert des Hauses sinkt. Um den sich daraus ergebenden Mißständen abzuweichen, haben viele Firmen für die von ihnen angeworbenen Gastarbeiter Wohnheime eingerichtet. Die Zahl der in Anstalten untergebrachten Ausländer ist daher - gemessen an der Zahl der Ausländer, die in Privathaushalten leben - um ein Vielfaches größer als bei der gesamten Wohnbevölkerung: Während insgesamt gesehen auf 1 000 in Privathaushalten lebende Personen 23 Personen kommen, die in Anstalten wohnen, sind es bei den Ausländern 228, bei den erwerbstätigen Ausländern sogar 350. Untersucht man die Privathaushalte der ausländischen Bevölkerung - oder genauer gesagt, die Privathaushalte, deren Haushaltsvorstand Ausländer ist - in Bezug auf ihre Größe, so zeigt sich weiterhin, daß der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 34,8% sehr viel höher liegt als im Gesamtdurchschnitt (19,5%). Die Gliederung der Mehrpersonenhaushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder ist für die Privathaushalte, deren Haushaltsvorstand Ausländer ist, interessanterweise nahezu identisch mit der entsprechenden Gliederung aller Haushalte.

Nur ein Drittel der Ausländer nicht erwerbstätig

Da die Gastarbeiter in der überwiegenden Anzahl der Fälle ohne Familienangehörige nach Deutschland eingereist sind und auch die Ehefrau-

Privathaushalte der ausländischen Bevölkerung nach der Haushaltsgröße 1970

Haushaltsgröße	Privathaushalte			Bevölkerung in Privathaushalten		
	Privat-haushalte der ausländischen Bevölkerung ¹⁾		Privat-haus-halte ins-gesamt	Privat-haushalte der ausländischen Bevölkerung ¹⁾		Privat-haus-halte ins-gesamt
	1 000	%		1 000	%	
1 Person	10,2	34,8	19,5	10,2	13,4	6,5
2 Personen	6,2	21,2	26,2	12,4	16,3	17,6
3 Personen	5,0	17,1	20,3	15,0	19,7	20,4
4 Personen	4,1	14,0	17,2	16,4	21,6	23,0
5 u.m. Personen	3,8	13,0	16,8	22,1	29,0	32,5
Insgesamt	29,3	100,0	100,0	76,1	100,0	100,0

1) Privathaushalte, deren Haushaltsvorstand Ausländer ist,

en, die sie entweder hier geheiratet haben oder die sie später aus der Heimat haben nachkommen lassen, meistens einer Beschäftigung nachgehen, sind die Erwerbsquoten, das heißt der Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung, für die Ausländer wesentlich höher als für die gesamte Wohnbevölkerung. Insgesamt sind 66,9% der Ausländer aber nur 41,9% der zur Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz insgesamt rech-

Ausländische Erwerbstätige im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen und zur Gesamtzahl der Ausländer nach Geschlecht und Altersgruppen 1970

Altersgruppe	Anteil der ausländischen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen			Anteil der ausländischen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Ausländer (Erwerbsquoten)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	%					
unter 15 Jahre	-	-	-	-	-	-
15 - 20 "	2,4	2,5	2,3	77,2	85,7	71,4
20 - 25 "	5,5	5,6	5,3	84,6	93,1	73,9
25 - 30 "	6,4	6,8	5,3	87,1	96,2	68,4
30 - 35 "	5,2	5,7	3,8	90,2	97,6	69,0
35 - 40 "	4,6	5,0	3,3	91,4	98,3	71,4
40 - 50 "	2,9	3,5	1,8	86,1	96,1	62,5
50 und mehr "	1,2	1,5	0,6	56,0	75,6	23,3
Insgesamt	3,6	4,0	2,7	66,9	78,5	47,5

nenden Personen erwerbstätig. Der Unterschied zur jeweils durchschnittlichen Erwerbsquote ist bei den Frauen (47,5 gegenüber 27,5%) noch größer als bei den Männern (78,5 gegenüber 57,7%), was sich daraus erklärt, daß die Gastarbeiterinnen ja überwiegend zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit nach Deutschland gekommen sind und auch nach ihrer Eheschließung in der Regel berufstätig bleiben, um durch die gemeinsame berufliche Arbeit möglichst schnell einen finanziellen Fundus zum Aufbau einer Existenz entweder in der Heimat oder in Westdeutschland zu schaffen. Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Ausländerinnen pendelt daher in allen Altersklassen zwischen 15 und 40 Jahren um 70%; dagegen fällt der Anteil der erwerbstätigen Frauen unter der Wohnbevölkerung insgesamt von 67,0% bei den 15- bis 20jährigen auf 62,6% bei den 20- bis 25jährigen und dann mit einem großen Sprung auf 44,8% bei den 25- bis 30jährigen, um sich dann bei den 30- bis 40jährigen auf einem Niveau von etwa 40% zu halten. Hinzu kommt, daß nur ein ganz geringer Teil der Jugendlichen unter den Ausländern weiterführende Schulen besucht, wenn man einmal von den ausländischen Studenten absieht, die zum Zweck des Studiums nach Deutschland gekommen sind. Von den 15- bis 20jährigen Ausländern sind daher 77,2% und von den 20- bis 25jährigen Ausländern 84,6% erwerbstätig, während im Gesamtdurchschnitt in diesen Altersgruppen 68,9 und 76,4% einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Diese Unterschiede in den Erwerbsquoten haben zur Folge, daß der Anteil der Ausländer an der rheinland-pfälzischen Wohnbevölkerung zwar nur 2,2%, an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aber 3,6% beträgt. Am höchsten ist er unter den 25- bis 30jährigen mit 6,4%; mit der Zu- und Abnahme des Alters fällt er bis auf 1,2% bei den über 50jährigen bzw. bis auf 2,4% bei den 15- bis 20jährigen Erwerbstätigen.

Da die Gastarbeiter überwiegend von Unternehmen des produzierenden Gewerbes angeworben

wurden, arbeiteten 72,1% der ausländischen Erwerbstätigen am Stichtag der Volkszählung in diesem Wirtschaftsbereich. Auf die Land- und Forstwirtschaft entfielen nur 2,6%, auf Handel und Verkehr 5,5% und auf die sonstigen Wirtschaftsbereiche 19,9%. Der Anteil der Arbeiter war mit 81,1% etwa doppelt so hoch wie unter den Erwerbstätigen insgesamt. Nur 2,9% waren selbstständig (Gesamtdurchschnitt 11,3%); es handelt sich dabei überwiegend um ausländische Geschäftsleute im Dienstleistungsbereich.

Besonders hoher Ausländeranteil in den Städten des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz

Der Zuzug von Ausländern war in den Industriegebieten besonders groß. Das zeigt sich zunächst an der Verteilung der Ausländer auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Während in den kreisfreien Städten, deren Industrialisierungsgrad 1970 mit 180 Beschäftigten je 1 000 Einwohner mehr als doppelt so hoch war wie in den Landkreisen (84 Beschäftigte je 1 000 Einwohner), auf 10 000 Einwohner 377 Ausländer entfielen, waren es in den Landkreisen nur 165. Daneben läßt sich eine sehr starke Konzentration der Ausländer auf den südlichen Landesteil feststellen. Die Anzahl der Ausländer je 10 000 Einwohner betrug im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz 302 und überschritt damit den Landesdurchschnitt von 223 ganz erheblich. Dagegen kamen in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier nur 167 und 87 Ausländer auf 10 000 Einwohner. Am stärksten waren die Ausländer im nördlichen Landesteil im Unterwesterwaldkreis (261) und in den Landkreisen Ahrweiler (225) und Altenkirchen (219) vertreten, wobei der Landkreis Ahrweiler insofern etwas aus dem Rahmen fällt, als sein Industrialisierungsgrad mit 78 Beschäftigten je 1 000 Einwohner relativ gering ist. In Rheinhessen-Pfalz war die Repräsentanz der Ausländer am größten in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (707 Ausländer je 10 000 Einwohner), Frankenthal (565), Mainz (484), Kaiserslautern (418), Speyer (368) und Worms (284) sowie im Landkreis Germersheim (340). Überraschend ist auf den ersten Blick, daß der Anteil der Ausländer im Stadt- und Landkreis Pirmasens sowie in der Stadt Zweibrücken keineswegs so groß ist, wie man es aufgrund des hohen Industrialisierungsgrades erwarten könnte. Die Ursache hierfür dürfte vor allem darin zu sehen sein, daß die Produktion der Schuhindustrie, die im Raum Pirmasens dominiert, seit Mitte der 60er Jahre rückläufig ist und die Zahl der Beschäftigten nicht unbeträchtlich abnahm, so daß der Bedarf an zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften entsprechend geringer war. Auch im Falle von Zweibrücken dürften die weniger günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Grenzgebiet dazu beigetragen haben, die Zahl der ausländischen Gastarbeiter klein zu halten.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 703	3 703	3 703	3 696
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	2 051	1 847	1 671	2 921	2 033	1 974	1 431 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	6,7	5,9	5,5	9,3	6,7 ^P	6,3 ^P	4,7 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	3 026	2 924	2 806	3 067	3 139	3 009	2 746 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	9,9	9,3	9,2	9,8	10,3 ^P	9,6 ^P	9,0 ^P
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 253	3 764	3 686	3 333	3 428	3 741	3 442 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	10,7	12,0	12,1	10,6	11,3 ^P	11,9 ^P	11,3 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	81	77	60	66	59	64	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	26,8	26,3	21,4	21,5	18,8	21,3	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 227	- 840	- 880	- 266	- 289 ^P	- 732 ^P	- 696 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 0,7	- 2,7	- 2,9	- 0,8	- 1,0 ^P	- 2,3 ^P	- 2,3 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	11 390	13 188	9 803	9 864
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	10 220	12 210	9 560	9 306
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	1 170	978	243	558
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 508	10 958	11 581	13 139	11 741	12 797
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	10,1	13,2	18,0	31,5	33,6	40,0	49,1
* Männer	1 000	7,8	8,5	5,0	6,6	9,9	18,2	19,6	23,9	30,9
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	130	114	189	254	311	369	457
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	386	764	1 622	2 649	2 922	3 873	5 670
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	3 971	5 365	7 800	13 402	14 694	17 297	21 756
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	30 017	24 505	19 384	15 565	14 144	11 656	9 717
* Männer	Anzahl	16 842	18 662	19 982	16 483	13 118	8 899	8 286	6 570	5 369
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	609	473	303	198	408	278	136
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	2 977	2 181	1 300	1 062	811	505	369
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	14 086	11 355	8 752	5 622	5 078	4 038	3 070
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693
* Milchkühe	1 000	251	250
* Schweine	1 000	744	737	790	.	.	739	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	75	.	.	74	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	45	.	.	48	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	17	20	18	17	18	20	19
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	80	95	95	83	91	91	100
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	10	14	27	8	11	16	28
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,1	10,5	10,2	12,1	10,2	10,8	11,7	11,3	10,7
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	4,5	5,3	4,5	4,6	4,9	5,1	4,8
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	5,6	6,7	5,6	6,1	6,6	6,1	5,8
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	165	167	194	85	162	138	72	69	67
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	61	68	71	59	45	106	105	105	81
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	70	69	66	81	72	71	64
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	86,4	83,9	82,1	86,2	86,4	82,1	81,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	9,4	8,9	8,8	10,4	9,5	9,1	8,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	2 998	2 993	2 988	2 888	2 891	2 884	2 882
* Beschäftigte	1 000	404	407	412	411	409	401	398	395	391
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	302	302	300	291	288	286	282
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	45 630	49 745	47 397	43 975	43 422	46 592	42 654
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	635	671	768	719	692	728	828
* Löhne	Mill. DM	384	434	410	448	495	464	440	475	510
* Gehälter	Mill. DM	207	235	225	223	273	255	252	253	318
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	69	74	87	79	75	97	95
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	95	103	102	100	99	105	97
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	2	2	3	2	2	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	93	101	99	98	97	102	94
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	189	224	240	176	181	213	209
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	29	39	44	23	26	36	37
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	160	185	196	153	155	177	172
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	906	960	922	939	934	952	867
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	279	297	309	281	273	304	291
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	3 143	3 500	3 361	3 675	3 826	4 085	3 649
* Auslandsumsatz	Mill. DM	637	757	731	873	852	1 078	1 065	1 209	1 068
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	257	258	266	241	254	241 ^p	245 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	270	273	284	255	270	257 ^p	259 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	272	274	283	256	272	256	256
* Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	235	260	286	240	246	282 ^p	315 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	298	303	297	289	292	270	246
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	219	201	180	179	180	171	159
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	348	362	359	351	353	319	283
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	330	335	375	313	377	343	395
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	248	267	296	264	354	287	310
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	199	188	204	169	181	175	183
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	104	85	88	89	87	82	86
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	182	196	200	223	232	193	194	216	224
* Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	185	176	174	162	164	158	169
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	98	97	99	.	.	.	95	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	120	134	134	.	.	.	143	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	161	260	278	145	178
* Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 472	1 638	1 626	1 669	1 656
* Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	519	595	581	627	646
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 101	1 285	1 305	1 188	1 175
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0	1,4	2,2	0	0
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133	107	149	165	112	114	171	...
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	133	107	150	165	112	114	171	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	88 244	88 419	86 803	80 549	79 620	78 129	76 085
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	49 735	49 167	48 148	44 680	44 134	43 167	42 039
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	23 421	23 978	23 397	20 936	20 524	20 006	19 198
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	13 475	14 617	12 589	12 415	12 020	12 468	11 009
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	7 813	8 533	7 438	6 921	6 654	6 922	6 230
Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	5 334	5 797	4 943	4 801	4 613	4 688	4 242
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	155	108	73	84	74	128	100
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	2 324	2 628	2 422	2 036	1 967	2 106	1 888
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	5 662	6 084	5 151	5 494	5 366	5 546	4 779
Hochbau	1 000	1 346	1 142	1 175	1 262	1 092	1 250	1 239	1 235	1 088
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	4 487	4 822	4 059	4 244	4 127	4 311	3 691
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	2 135	2 266	1 921	2 051	2 029	2 178	1 837
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	153	164	149	151	145	156	141
* Löhne	Mill. DM	118	124	138	149	132	135	129	140	124
* Gehälter	Mill. DM	13	15	15	15	17	16	16	16	17
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	450	468	420	439	453	445	418

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	1 238	1 291	1 010	1 309	1 143	1 375	787
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 135	1 193	927	1 250	1 095	1 271	746
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	1 381	1 342	1 168	1 312	1 129	1 465	924
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	231	223	201	240	207	263	173
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	234	222	200	207	184	248	158
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	284	302	268	248	231	289	194
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	1 194	1 073	931	1 205	886	1 070	899
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	158	180	113	167	119	160	155
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	217	198	172	201	152	224	144
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	2 733	2 533	2 413	2 350	2 001	2 818	1 800
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	.	.	133	139	.	.	137
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	.	.	203	215	.	.	209
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	.	.	211	224	.	.	216
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	.	.	215	228	.	.	226
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	.	.	193	205	.	.	199
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	.	.	200	206	.	.	200
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	.	.	154	171	.	.	171
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	.	.	227	248	.	.	243
Deckenputz	1962 = 100	191	214	.	.	219	239	.	.	236
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	.	.	235	253	.	.	250
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	.	.	192	212	.	.	213
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	182	202	.	.	206	221	.	.	222
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	854,8	1 000,3	964,6	1 192,5	1 192,2	1 335,8	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	46,3	63,9	49,7	55,3	56,3	61,2	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	808,4	936,4	914,9	1 137,2	1 135,9	1 274,7	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	11,5	12,8	12,8	11,9	14,3	12,7	...
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	36,5	58,1	46,9	68,0	64,0	74,3	...
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	760,4	865,5	855,3	1 057,3	1 057,7	1 187,7	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	289,9	319,1	308,4	423,7	437,7	454,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	470,5	546,3	546,8	633,6	620,0	733,1	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	395,8	487,3	460,2	496,9	522,7	573,6	...
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	125,1	151,4	156,5	136,4	158,5	179,0	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	60,1	69,1	64,0	79,7	79,5	86,8	...
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	61,7	87,9	79,1	98,8	95,6	111,7	...
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	76,9	95,3	85,8	72,2	98,1	98,7	...
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	48,9	59,4	47,6	83,7	70,0	73,6	...
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	2,2	2,3	3,0	2,7	2,0	3,3	...
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	20,9	21,9	24,2	23,3	18,9	20,5	...
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	35,4	41,5	34,7	45,1	40,2	41,3	...
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	43,2	52,5	49,8	56,4	62,9	63,1	...
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	60,5	58,2	56,5	70,9	71,0	90,6	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	122,6	145,8	169,5	221,5	229,4	265,1	...
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	48,0	46,3	40,9	86,0	74,0	90,4	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	488,6	594,9	606,9	775,3	726,6	840,6	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	91,4	93,9	112,2	115,8	94,6	135,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	397,2	501,0	494,6	659,5	632,0	704,9	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	109	108	108	105	105	105	...
* Umsatz	1970 = 100	122	135	125	143	150	141	135	158	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	116	138	160	144	140 ^r	174	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	134	145	146	151	137 ^r	154	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	109	159	160	115	129	175	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	135	151	175	162	148 ^r	171	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	117	129	183	130	126 ^r	138	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	109	109	92	96	99 ^r	108	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	106	102	94	106	103	101	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	126	116	110	129	124 ^r	118	...
* Umsatz	1970 = 100	112	116	144	129	96	149	146 ^r	130	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	113	120	168	140	83	163	174 ^r	143	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	109	116	127	121	105	138	125 ^r	121	...
Fremdenverkehr										
in 292 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	420	373	154	373	424	386	...
* Auslandsgäste	1 000	54	49	75	44	15	87	70	43	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	1 530	1 211	568	1 703	1 588	1 206	...
* Auslandsgäste	1 000	134	122	172	98	38	236	153	96	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	2 986	3 458	2 934	2 795	2 941	3 161	...
* Güterempfang	1 000 t	1 555	1 677	1 634	1 912	1 585	1 523	1 605	1 525	...
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 352	1 546	1 349	1 272	1 336	1 637	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	4 125	3 974	3 517	3 182	3 503	3 102	2 871
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 658	2 849	2 634	2 639	2 677	2 613	2 614
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	63	68	71	80	74	81	87
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	4 558	4 749	4 078	3 618	3 862	3 967	3 250
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 291	1 431	1 148	1 576	1 429	1 672	1 509
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	62	66	67	81	73	82	85
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr- zeuge	Anzahl	11 664	11 174	9 045	9 889	7 621	7 518	8 347	9 444	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	139	88	41	183	101	61	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	8 068	8 802	6 826	6 639	7 414	8 442	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	438	533	437	366	422	442	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	333	387	260	284	350	442	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	306	320	215	362	293	277	...
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	29 701	36 003	32 204	29 124	33 121	34 011	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	23 599	30 161	25 836	22 446	26 677	28 070	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	5 369	5 294	5 974	6 062	5 698	5 284	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	1 065	1 129	1 055	1 364	1 009	981	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	733	548	394	616	746	657	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	152	112	67	124	151	113	...
Ferienziel - Reiser	1 000	3	3	4	2	1	6	7	3	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	577	434	326	486	588	541	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	16 186	13 908	12 536	15 371	15 818	14 635	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 595	7 256	7 337	7 876	6 720	7 298	7 298	8 071	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	2 039	1 919	1 482	1 994	1 883	1 768	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	5 298	5 957	5 238	5 304	5 415	6 303	...
bis 1 000 DM bei jedem Betei- ligten	Anzahl	4 470	4 832	4 132	4 633	4 083	4 063	4 085	4 664	...
über 1 000 DM bei einem Betei- ligten	Anzahl	1 213	1 215	1 166	1 324	1 155	1 241	1 330	1 639	...
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	110	98	73	77	98	91	...
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	64	44	26	34	40	44	...
Fußgänger	Anzahl	24	23	19	31	24	20	27	28	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	2 862	2 696	2 096	2 764	2 587	2 424	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 714	1 699	1 363	1 526	1 543	1 558	...
Fußgänger	Anzahl	331	318	331	362	290	336	323	305	...
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	966	871	752	930	879	769	...
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	529	469	445	474	468	425	...
Fußgänger	Anzahl	169	155	155	191	148	155	155	151	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	40 260	50 184	45 926	37 555	39 607	47 922	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	1 008	1 256	1 170	885	934	1 122	...
Telegramme	1 000	40	36	36	39	21	35	33	32	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1153 499	1346 493	1314 934	1365 656	1302 820	1124 129	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1120 693	1366 941	1306 045	1386 921	1281 479	1421 595	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	20 459	24 111	19 920	28 164	25 700	24 190	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	30 337	36 002	30 556	35 813	34 854	35 561	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 111	1 112	1 114	1 120	1 123	1 123	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	998	998	1 000	1 010	1 012	1 012	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	26 531	29 977	28 962	29 054	29 400	31 353	31 762	31 796	32 038
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	26 265	29 811	28 796	28 891	29 234	31 097	31 498	31 533	31 778
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	7 343	7 298	7 351	7 935	8 176	7 985	8 063
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	7 111	7 068	7 184	7 721	7 902	7 754	7 797
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	231	230	167	213	274	231	265
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 506	3 461	3 422	3 411	3 449	3 516	3 544
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 075	3 041	3 014	2 817	2 845	2 862	2 873
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	431	420	408	594	604	654	671
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	17 947	18 132	18 461	19 751	19 872	20 032	20 171
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	13 671	13 792	13 899	14 672	14 793	14 890	14 981
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	4 276	4 340	4 562	5 079	5 079	5 142	5 189
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	23 587	26 828	24 951	25 169	25 593	27 585	27 715	27 783	28 323
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	9 838	10 004	10 366	10 900	10 951	10 888	11 255
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	8 223	8 468	8 688	8 982	9 026	9 052	9 476
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 615	1 536	1 678	1 918	1 925	1 835	1 779
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 577	13 620	13 676	15 077	15 152	15 275	15 439
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 387	8 386	8 407	9 063	9 101	9 167	9 258
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	757	778	597	746	700	785	725	832	793
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	625	705	643	671	650	702	629
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	17	22	26	34	25	29	37	32	27
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	17 599	59 121	8 643	28 967	10 259	16 504	9 567
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	1	1	1	3	3	3
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 536	1 604	1 522	1 927	1 948	1 565	1 587	1 791	1 656
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	5 570	7 099	5 920	4 948	6 467	6 006	5 860
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	736 163	498 727	710 076	655 892	862 261	549 123	710 002
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	577 888	300 372	527 919	491 434	649 261	354 321	509 810
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	207 791	264 818	224 822	240 096	414 327	394 816	263 942	286 038	436 742
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	-	-	156 576	137 292	-	-	159 611
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	255 808	44 442	29 506	9 964	281 501	56 862	31 580
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	- 660	2 305	2 008	64 569	1 712	1 800	2 197
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	39 522	56 522	97 918	13 529	82 078	22 085	102 106	9 621	39 291
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	-	-	15 458	13 897	-	-	21 982
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	158 275	198 355	182 157	164 458	213 000	194 802	200 192
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	124 385	145 394	138 591	108 296	126 287	138 054	140 025
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	33 890	52 961	43 566	56 162	86 713	56 748	60 167
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	83 451	97 985	82 150	87 812	79 245	92 027	93 990
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	4 751	9 442	5 014	6 289	8 816	7 150	7 551
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	64 347	78 600	69 609	72 768	53 602	77 277	79 358
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	39 791	41 779	83 977	61 412	40 771	40 433	63 672
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	2 339	3 632	47 672	26 560	3 146	1 478	27 185
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	24 530	27 410	23 725	23 760	23 620	27 074	23 309
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	7 867	6 066	6 279	6 826	7 567	6 227	6 195
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	281 926	328 243	342 753	.	.	.	378 799	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	11 919	.	.	.	10 487	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	34 377	37 647	47 975	.	.	.	49 163	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	198 901	237 996	237 930	.	.	.	268 582	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	20 672	.	.	.	22 193	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	441 954	404 952	438 944	411 724	507 450	415 305	446 784
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	255 300	130 267	232 892	217 383	286 449	153 158	222 123
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	102 882	134 224	121 547	106 523	137 830	123 576	127 267
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	321	42 476	2 355	6	3 926	46 544	3 404
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	373 797	300 780	402 388	358 529	417 805	334 407	389 201
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	255 300	128 853	232 202	215 955	286 449	151 646	222 123
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	80 995	89 104	78 385	87 672	83 854	81 156	86 659	95 784	100 002
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	321	42 476	2 355	6	3 926	46 544	3 404
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	385 481	.	.	.	445 757	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	122 457	148 511	155 184	.	.	.	167 433	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	125 473	.	.	.	168 106	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	.	350
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	.	382
* Facharbeiter	DM	364	397	.	406
* Angelernte Arbeiter	DM	329	364	.	370
* Hilfsarbeiter	DM	287	317	.	321
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	.	231
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	.	219
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	.	8,13
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	.	8,68
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	.	9,18
* Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	.	8,42
* Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	.	7,37
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	.	5,88
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	.	5,55
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	.	43,0
* Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	.	44,1
* Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	.	39,3
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	.	2 015
* männlich	DM	1 517	1 744	.	1 781
* weiblich	DM	1 824	2 105	.	2 145
* männlich	DM	1 187	1 345	.	1 384
Technische Angestellte	DM	1 932	2 223	.	2 276
* männlich	DM	1 989	2 271	.	2 325
* weiblich	DM	1 358	1 510	.	1 551
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	.	1 364
* männlich	DM	1 150	1 319	.	1 345
* weiblich	DM	1 504	1 711	.	1 742
* weiblich	DM	915	1 021	.	1 044
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	.	1 710
* männlich	DM	1 301	1 481	.	1 512
* weiblich	DM	1 657	1 880	.	1 915
* weiblich	DM	1 013	1 131	.	1 161
Technische Angestellte	DM	1 910	2 191	.	2 244
* männlich	DM	1 968	2 239	.	2 293
* weiblich	DM	1 331	1 482	.	1 526
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 122	1 111	1 121	1 124	1 122	1 108	1 115	1 113	...
Pflichtmitglieder	1 000	676	677	686	687	685	664	671	669	...
Rentner	1 000	366	370	372	372	373	379	379	378	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,6	5,4	5,9	5,8	4,9	5,1	5,3	...
Männer	%	5,0	5,7	5,5	6,0	5,9	5,0	5,2	5,4	...
Frauen	%	4,6	5,3	5,2	5,7	5,5	4,7	4,9	5,3	...
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570	409 369	411 577	413 171	413 907	421 052	423 959	425 440	426 004
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911	150 244	159 132	160 958	161 256	182 120	183 859	184 437	185 270
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	6 211	6 688	9 137	19 618	21 024	22 743	30 857
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	5 252	5 806	8 167	17 129	18 373	20 061	27 646
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	149	.	.	.	146	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	40 828	40 312	40 676	45 687	47 352	48 109	48 549

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekassen und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 979	62 046	62 089	62 118
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 884	44 681	33 127	31 242	34 762 ^p	42 458 ^p	31 742 ^p	31 205 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 969	53 452	51 271	50 608	56 764 ^p	53 298 ^p	53 060 ^p	51 735 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919	58 572	54 828	61 792	58 716 ^p	56 590 ^p	56 338 ^p	62 824 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 950	- 5 120	- 3 557	-11 184	- 1 952 ^p	- 3 292 ^p	- 3 278	-11 089 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	222	219	267	491	527	557	672
Männer	1 000	141	150	111	107	129	255	273	289	356
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 452	.	21 309	.	.	22 334	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	283	287	341	328	305	334	345
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	1 816	1 583	1 514	1 946	1 793	1 579	1 520
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 417	8 426	8 429	8 161	8 148	8 126	8 068
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	903	918	1 008	850	807	866	942
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	53 548	57 573	61 932	63 203	58 100	65 417 ^x	69 758
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	10 946	12 532	13 115	15 251	13 657	15 733 ^x	16 573
Produktionsindex (von Kalendereinheitsmengen bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	158	187	185	161	153	176	177 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	158	187	186	162	154	177	179 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	156	185	183	159	151	174	174 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	212	241	264	224	222	246	289 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	85	90	94	86	83	88	96 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	161	192	189	164	156	180	179 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	205	221	221	210	201	212	209 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	141	188	181	149	139	174	171 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	143	176	170	137	128	159	159 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	148	153	144	156	163	143	146	156	163 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	151	173	164	138	138	153	150 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	8 159	7 403	8 694	8 383	7 500	7 601	8 759
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	9 371	9 496	10 526	10 191	10 020	9 908	11 052
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	3 190	3 100	3 208	3 545	3 469	3 321	3 529
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	4 264	4 121	4 326	4 614	4 515	4 419	4 681
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	3 307	3 128	3 467	3 535	3 357	3 356	3 606
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	22 098	23 131	27 008	23 401 ^x	23 085	24 698	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	7 316	7 169	8 099	3 732	3 664	3 634	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 551	1 537	1 515	1 359	1 352	1 340	1 325
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	212	213	232	180	168	180	195
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	6 590	7 345	7 371	6 352	6 131	6 534	7 345
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	62 152	50 651	48 546	40 894	38 084	34 909	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	122	131	121	119 ^x	141	139	127	130 ^x	...
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	112	128	128	128	146	149	142	148	158 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	182	184	172	189	191	190	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	10 801	11 130	13 950	15 951	15 055	14 748	16 769
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	14 020	14 931	17 914	20 400	18 210	18 821	21 388
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	3 219	3 801	3 964	4 449	3 155	4 074	4 619

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	96	97	111	106
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	108	103	109
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	104	110	116	117
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	97	109	102	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	92	108	116	95	88
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	45 767	47 429	46 556	45 805	45 109	50 140 ^T	50 427 ^T	49 429	48 885 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	681 676	756 976	723 915	731 839	734 330	782 507 ^T	787 142 ^T	793 036	795 191 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	569 672	631 587	607 318	614 594	615 612	651 338 ^T	654 378 ^T	659 894	659 622 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	112 004	125 389	116 597	117 245	118 718	131 169	132 714	133 142	135 569 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	565 845	634 201	592 537	597 979	601 530	637 419	638 988 ^T	642 454	644 099 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	150,5	144,7	135,7	133,7	135,8	111,9	112,5	107,1	104,0
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	79,4	70,8	67,2	67,9	67,7	62,4	62,4	62,4	62,3
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	7 133	8 385	6 270	13 135	6 631	6 823	7 851	14 324	7 649
Lohnsteuer	Mill. DM	4 095	5 105	5 021	5 167	5 408	5 876	6 320	5 557	6 262
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 915	4 152	4 575	3 782	4 929	4 075	4 841	3 980	5 072
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 846	2 938	2 668	2 658	2 737	2 558	2 448	2 472	2 455
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 498	2 812	2 881	2 751	2 848	2 702	2 844	2 825	2 871
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,7	118,8	118,6	120,3	121,6	111,6 ^P	111,5	115,6 ^P	116,3 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	127,3	139,8	138,0	136,2	134,5 ^T	143,1	144,0	144,8	146,3
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	107,0	114,1	115,1	115,3	116,0	130,8	131,3	131,7	132,9
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	189,9	.	.	203,6	.	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	132,1	.	.	145,5	.	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	111,1	118,8	119,3	119,4	120,3	127,5	127,7	128,1	128,8
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	118,1	117,4	118,0	124,1	123,4	123,2	123,8
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	121,3	122,4	123,7	129,8	130,3	131,4	132,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	119,8	120,3	120,7	125,5	125,8	126,1	126,5
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	125,7	128,4	133,6	147,0	148,5	150,4	153,0
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	113,3	113,9	115,2	122,7	123,1	124,0	125,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	114,0	122,6	124,6	124,5	124,4	138,2	138,1	137,8	137,5
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	122,8	123,2	123,9	132,6	133,6	134,4	135,3
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	114,3	114,7	115,4	123,6	124,3	125,4	126,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	120,6	120,6	120,9	123,5	126,1	126,2	126,4
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	110,7	118,2	118,7	118,9	119,8	126,7	126,8	127,2	127,9
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	.	.	133,0
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	.	.	137,8
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	.	.	136,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	.	.	140,2
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	.	.	97,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	.	.	98,2

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baugrubenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Industrieproduktion im November 1974 weiterhin rückläufig

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie veränderte sich - gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex - im November 1974 gegenüber dem Vor- und Vorjahresmonat um + 5,0 bzw. - 5,2%. Von dem allgemeinen Anstieg der Produktion gegenüber Oktober 1974 waren die vier Industriehauptgruppen in unterschiedlichem Maße betroffen, wobei sich die Veränderungsraten zwischen + 17,4% im Investitionsgüter- sowie - 2,2% im Grundstoff- und Produktionsgütersektor bewegten (Verbrauchsgüterindustrien + 8,3%). Im Vergleich zu November 1973 waren hier Relationen zwischen + 7,3% im Investitionsgüter- sowie - 11,3% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zu verzeichnen (Verbrauchsgüterindustrien - 7,2%).

Von Januar bis November 1974 ist im Vergleich zu den ersten elf Monaten des Vorjahres die industrielle Produktion mit - 0,7% leicht rückläufig gewesen, während für das Vergleichsintervall des Jahres 1973 gegenüber 1972 noch eine Steigerung um + 6,7% ermittelt worden war. Die Differenzierung nach Hauptgruppen läßt auch hier für 1974 merkliche Schwankungen erkennen, wobei sich bei den Investitionsgüter- und den Verbrauchsgüterindustrien mit Veränderungen von + 4,5 bzw. - 7,8% die Extremwerte errechnen (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien - 0,7%, Nahrungs- und Genußmittelindustrien - 0,2%). Die Gliederung nach Industriezweigen zeigt insbesondere wiederum bei der Schuhherstellung (- 10,4%) sowie der Industrie der Steine und Erden (- 11,6%) eine sehr ungünstige Entwicklung. Demgegenüber expandierte der Maschinenbau mit + 13,9% weiterhin sichtlich (chemische Industrie + 0,9%).

pe

Über 700 000 bewohnte Gebäude mit 1,2 Mill. Wohnungen

Trotz der umfangreichen Neubautätigkeit nach dem letzten Krieg überwiegt in Rheinland-Pfalz noch der Bestand an Altbauwohnungen, auf die 54% des Gesamtwohnungsbestandes entfielen. Bedingt durch die besondere Struktur des Landes mit seinen weiten ländlichen Gebieten und verhältnismäßig wenigen größeren Städten lag schon jeher der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sehr hoch. Er erreichte im Frühjahr 1972 einen Wert von 67%. Nach dem Besitzverhältnis der Wohnungen ergab sich ein Eigentümer-Mieter-Verhältnis von 49 zu 51. Von den Wohnungen war rund jede siebte öffentlich gefördert.

Ein knappes Drittel der Wohnungen wies vier, je ein Fünftel drei bzw. fünf Räume auf. 39% der von Eigentümern belegten Wohnungen hatten sechs und mehr Räume, bei den Mietern waren es dagegen nur 6%. Die durchschnittliche Wohnfläche errechnete sich mit 79 qm pro Wohnung; die vor der Währungsreform erbauten Einheiten lagen geringfügig unter diesem Wert (75 qm), hingegen die nach 1965 errichteten Wohnungen erheblich darüber (92 qm).

Gegenüber den letzten Zählungen ist auf dem Gebiet der Wohnungsausstattung mit Bad, WC und Sammelheizung eine deutliche Verbesserung eingetreten. Ein Drittel aller Wohnungen ist dieser höchsten Komfortstufe zuzurechnen. In 36% der Fälle erfolgte die Beheizung durch eine Sammelheizung, in zwei von drei Wohnungen durch Einzel- oder Mehrraumöfen. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 9

1973 nahezu 50 000 Wohngeldempfänger

Am Jahresende befanden sich in Rheinland-Pfalz insgesamt 49 285 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 46 323 Mietzuschüsse und 2 962 Lastenzuschüsse. Die Mietzuschüsse beliefen sich auf 39,6 Mill. DM oder 91% der ausbezahlten Wohngeldbeträge, während nur 3,9 Mill. DM oder 9% Lastenzuschüsse betrafen. Wie schon in früheren Jahren dominierten auch 1973 unter den Empfängern von Mietzuschüssen die Rentner und Pensionäre, deren Anteil auf 77% angestiegen ist. Das monatliche Familieneinkommen lag bei zwei Dritteln der Empfänger von Mietzuschüssen zwischen 200 und 600 DM. Unter den Beziehern von Lastenzuschüssen befanden sich als stärkste Gruppe die Arbeiter mit einem Anteil von 45%; Rentner und Pensionäre kamen auf 29%. Mehr als die Hälfte der Lastenzuschußempfänger verfügte über ein monatliches Familieneinkommen von 1 000 bis 1 800 DM, das somit im Durchschnitt ganz erheblich über dem der zur Miete wohnenden Wohngeldempfänger lag.

Von den insgesamt 41 440 Haushalten ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche, die Mietzuschüsse erhielten, waren mehr als vier Fünftel Ein- und Zweipersonenhaushalte. Hingegen erreichten bei den Beziehern von Lastenzuschüssen die Haushalte mit vier Personen (20%), gefolgt von denen mit fünf sowie sieben und mehr Personen (je 19%) die höchsten Anteile.

Von allen Haushalten, die am Jahresende 1973 Wohngeld bezogen, erhielten 29 917 oder drei Fünftel weniger als 60 DM. Infolge der Zahlung von Wohngeld gelang es, den durchschnittlichen Belastungsgrad der Einkommen vor allem bei den Empfängern von Mietzuschüssen erheblich zu vermindern. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 13

Über 90 000 Sozialhilfeempfänger 1973

Von den 3,7 Mill. Einwohnern in Rheinland-Pfalz erhielten im Jahre 1973 insgesamt 90 300 Sozialhilfe. Auf 1 000 Einwohner entfielen damit fast 25 Hilfeempfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz, 1972 waren es 22 Personen. 45 700 empfingen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, in knapp 57 000 Fällen wurde Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt, über 12 000 Personen erhielten verschiedene Hilfearten. Am stärksten hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen erhöht (+ 13% gegenüber 1972). Der Anstieg der Leistungen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (+ 8%) war etwas geringer. Knapp zwei Drittel des Empfängerkreises waren Frauen, über ein Drittel aller Hilfeempfänger 65 Jahre und älter.

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe einschließlich Tuberkulosehilfe sind im Vergleich zu 1972 um 33 Mill. DM oder 14% auf 274 Mill. DM angestiegen, wobei der Schwerpunkt der Ausgaben mit knapp 184 Mill. DM bei den Kosten lag, die durch Hilfe in besonderen Lebenslagen verursacht wurden. Davon entfielen 127 Mill. DM auf Hilfe in Anstalten und 57 Mill. DM auf Hilfe außerhalb von Anstalten.

Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchten rund 91 Mill. DM, wovon der überwiegende Teil (75 Mill. DM) an Empfänger außerhalb von Anstalten (83%) gewährt wurde. hä

43,2 Mill. DM für Kriegsofopferfürsorge in 1973

Von 1972 bis 1973 erhöhten sich die gesamten Ausgaben für Kriegsofopferfürsorge um 3,4 Mill. DM oder knapp 9% auf 43,2 Mill. DM, wobei die prozentuale Zunahme etwa halb so hoch war wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren wurden mehr als 90% der Gesamtausgaben in Form von Beihilfen und knapp 10% als Darlehen gewährt. Mit 6,5 Mill. DM oder 15% war der durch Einnahmen gedeckte Anteil an den Gesamtkosten nicht viel höher als 1972.

Die Erziehungsbeihilfe (15,5 Mill. DM) verursachte auch 1973 noch die höchsten Kosten, obwohl sich der Anteil dieser Hilfeform innerhalb des letzten Jahrzehnts von 76% (1963) auf etwa ein Drittel des Gesamtbetrages reduziert hat. Mit 22 Mill. DM beanspruchten die Bereiche sonstige Hilfen, Wohnungs- und Erholungsfürsorge insgesamt wieder etwa die Hälfte der Mittel (1963 nur 7%). Auf die übrigen Hilfearten - ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (3,7) und Berufsfürsorge (1,5 Mill. DM) - entfiel insgesamt ein Anteil von 12%. Die Ausgaben für Sonderfürsorgeberechtigte machten etwa ein Viertel der Gesamtkosten aus.

Gegenüber 1972 erhöhte sich die Zahl der Empfänger laufender Hilfe von rund 11 140 auf 11 600 (+ 4%), die Zahl der Fälle von einmaliger Hilfe belief sich im Berichtsjahr auf 16 300 (+ 9%). Im allgemeinen zeigten die Werte - wie auch in den vorangegangenen Jahren - keine auffallenden Veränderungen. Ein etwas stärkerer Anstieg war allerdings wieder bei den Empfängern sonstiger Hilfen, der im Berichtsjahr am stärksten besetzten Personengruppe, festzustellen. Bisher dominierten die Werte für Erziehungsbeihilfeempfänger. hä

Themen der letzten Hefte**Heft 5/Mai 1974**

Einpenderzentren
Lohnsteuerepflichtiges Einkommen 1971
Nutzviehhaltung 1973
Tuberkuloseerkrankungen 1950 - 1972

Heft 6/Juni 1974

Kommunalwahlen am 17. März 1974
Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz
Teil III: Auswertungsphase
Pendelwanderung der Schüler und Studierenden
Baumobstanbau 1972

Heft 7/Juli 1974

Schichtung der Erwerbseinkommen
Konfessionell gemischte Ehen
Gehalts- und Lohnstruktur der Arbeiter 1972
Baulandmarkt 1973
Jugendhilfe 1973
Schlachttier- und Fleischbeschau 1973

Heft 8/August 1974

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Ernteaussichten für 1974
10 Jahre Moselschiffahrt
Lehrernachwuchs 1974
Angestellte 1972
Gartenbau 1972

Heft 9/September 1974

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Lohnsteuerliche Belastung 1971
Einzelhandel 1970 - 1973
Erwerbstätigkeit 1973
Berufswünsche der Abiturienten 1974

Heft 10/Okttober 1974

Volkshochschulen 1973
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen:
Beschäftigte und Produktivität
Bruttolöhne in den Verwaltungsbezirken 1971
Industriearbeiter 1972
Berufswechsel
Altersstruktur der Erwerbstätigen

Heft 11/November 1974

Bevölkerungsentwicklung 1973
Berufsstruktur
Hallen- und Freibäder 1974
Weinbau 1972
Umsätze nach Größenklassen und Verwaltungsbezirken 1972
Hochbautätigkeit 1973

Heft 12/Dezember 1974

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1974
Investitionen 1973
Sozialer Wohnungsbau 1973
Krebssterblichkeit 1953 - 1972

Themen der nächsten Hefte

Volksentscheid am 19. Januar 1975
Neuberechnung des Index der industriellen
Nettoproduktion auf Basis 1970
Sozialprodukt 1974
Umsatz und Beschäftigung im Handwerk
1967 - 1973
Absatzintensität im Einzelhandel 1972
Allgemeinbildende Schulen 1974/75
Meldepflichtige Krankheiten 1974

Band 263

BETRIEBSVERHÄLTNISSE IM GARTENBAU IN RHEINLAND-PFALZ 1972

Umfang 122 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 7,50



Der Band enthält die Ergebnisse der als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 Anfang 1973 durchgeführten Gartenbauerhebung 1972/73. Er liefert detailliertes Zahlenmaterial über die Betriebe mit Anbau von Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulen, deren Anbau- und Absatzstruktur, Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte, Unterglasanlagen sowie sonstige technische und bauliche Einrichtungen in einer Untergliederung nach Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten. Neben den Daten für das Land und die Regierungsbezirke sind ausgewählte Merkmale auch für die kreisfreien Städte und Landkreise aufbereitet worden.

Einer Kommentierung der wichtigsten Tatbestände sind eingehende methodische Vorbemerkungen vorangestellt.

Kreisübersichten lagen den Heften April und Oktober bei

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.